

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (D. V.) - Verlagsort: Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten
Ausgabe nachmittags 2 1/2 Uhr in der Geschäftsstelle
in Waldenburg Sa., Ob rgane 36. Erfüllungsort
Waldenburg. Filiale in Mittstadt Waldenburg
bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn
Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei
Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn
Einnis Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm
Dahler; in Siegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Feuers, Streik, Auslieferung, Maschinen-
bruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder sonstiger Ursa-
chen der Besieger keinen Anspruch auf Ersatz der Zeitung oder
Abrechnung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fern-
sprecher ausgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

ersch. wochentl. Nachm. Bezugspreis monat-
lich im voraus 150 R.-Mfg. freibl., auschl. Frägel.
Einzeln Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-Mf.
Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-Mf.,
außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Mf., 3 gesp.
Reklamezeile 0,45 R.-Mf., Hinweis auf Anzei-
en und Eingefandte 0,10 R.-Mf., Nachweise-
nd Offertengebühr 0,20 R.-Mf., Rabatt nach
Art. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.
.....
gründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8
Postamt Waldenburg Nr. 4488. Bankkonto: Vereinsbank
Goldberg Filiale Waldenburg Stadtkontor Waldenburg 16.
Abgabe gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei verspäteter
Einzahlung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß dem
Abnehmer vorbehalten.

gleich weit verbreitet in den Ortshaften der Standesamtsbezirke Mittstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-
Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederviera, Oberviera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Siegelheim.

Nr. 102 Dienstag, den 4. Mai 1926 48 Jahrgang.

Proklamierung des Generalstreiks in England.

Antlicher Teil.

Mittwoch, den 5. Mai, 1926 vorm. 10 Uhr
in Mittstadt Waldenburg 1 Tisch meistbietend gegen sofortige
Kaufzahlung versteigert werden.
Sammeln der Bieter im Gasthof zum Hirsch.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Waldenburg,
den 3. Mai 1926.

Die Maifeier ist im Deutschen Reich überall ruhig
verlaufen.
Der Reichsrat wird sich morgen mit der Regierung-
vorlage über die Auseinandersetzung mit den Fürsten be-
schäftigen.
Der deutsche Botschafter in Paris v. Hösch wird dem-
nächst nach Berlin kommen, um sich die Instruktionen
für die Genfer Studienkommission zu holen.
Marx wurde zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion
gewählt.
Im preussischen Landtag kam es am Freitag zu großen
Kämpfen.
Der mecklenburgische Landtag hat den Antrag auf Auf-
hebung angenommen.
In Paris rechnet man mit dem Wiederaufleben der
Feindseligkeiten in Marokko.
Die französisch-amerikanischen Verhandlungen haben
zu einer Einigung über das Schuldenabkommen geführt.
Im englischen Bergbau hat die Generalausperrung
begonnen.
In Warschau kam es bei der Maifeier zu blutigen
Zusammenstößen.
Die amerikanische Delegation für die vorbereitende
Kommission der Abrüstungskonferenz ist unter Sibsons
Führung nach Europa abgereist.

Waldenburg, 3. Mai 1926.

Nach einer Meldung aus Paris stehen die Luft-
fahrtverhandlungen unmittelbar vor dem Abschluss.
Wenn auch die Einzelheiten des Abkommens noch nicht
bekannt sind, scheint doch das Ergebnis der Verhand-
lungen nach den bisher vorliegenden Andeutungen
für Deutschland nicht ungünstig zu sein. Als einen
Erfolg müßte man es insbesondere ansehen, wenn sich
eine Meldung bestätigt, daß das Abkommen die Auf-
hebung der Ententekontrolle vorsieht, wogegen sich
England verpflichtet, selbst darüber zu wachen, daß
keine militärischen Zwecke Flugzeuge weder gebaut noch
benutzt werden.

Das Wichtigste, was erreicht zu sein scheint, ist das,
daß für den zivilen, deutschen Luftverkehr nunmehr
auch größere Flugzeuge Verwendung finden dürften.
Trotz der Beschränkungen, die ihr auferlegt waren, ist
die deutsche Flugzeugindustrie gerade im Bau absolut
verkehrsfähiger großer Flugzeuge führend. Der deut-
sche Luftverkehr hat sich gestützt auf die hervorragenden
Erfolge der deutschen Flugzeugindustrie, zu einer
vorbildlichen Organisation aufgebaut, die auch deshalb
vorbildlich ist, weil durch einen Zusammenschluß der
verschiedenen Gesellschaften mit Beitritt des Reiches in
der Deutschen Luft Hansa eine Konzentration der Kräfte
eingetreten ist, die höchste Leistung zu geringsten Kosten
ermöglicht.

Ist in Paris gewissermaßen ein Luftfrieden abge-
schlossen worden, so tritt auch Deutschland im inter-
nationalen Flugverkehr endlich an die Stelle, die ihm
von Anfang an gebührt. Das innerdeutsche Luftver-
kehrsnetz ist gerade in den letzten Jahren bereits der-
artig ausgebaut, daß es auch höchst gespannten Anfor-
derungen genügt. Die Möglichkeit, größere Maschinen
einzusetzen, erhöht nicht nur die Luftsicherheit tatäch-
lich, sondern wird endlich auch die heute noch langst-
recken dazu bringen, das neueste, beste und schnellste
Verkehrsmittel mehr und mehr zu benutzen und durch
diese erhöhte Ausnutzung wieder zur durchgehenden
Verbesserung der Luftreisen beitragen.

Wenn in der Tat die angebotenen Zugeständnisse
erzielt worden sind, so hat Deutschland diesen Erfolg in

erster Linie seiner geographischen Lage zu verdanken
und weniger dem guten Willen unserer Vertragsgeg-
ner. Deutschland kann wegen seiner Lage im Herzen
Europas im internationalen Luftverkehr nicht umso-
gen werden. Die Ueberfliegung deutschen Gebiets
durch fremde Flugzeuge darf aber nur mit unserer
Genehmigung erfolgen. Bei dieser Sachlage hatten
unser Unterhändler in Paris eine sehr starke Stel-
lung, die sie auch mit Zähigkeit ausgenutzt zu haben
scheinen. Unsere Vertragsgegner, insbesondere die
Franzosen, mußten uns entgegenkommen, da sie von
uns das Angehörige brauchten, daß ihre Flugzeuge
Deutschland überfliegen dürfen. Bei der französischen
Verbrüderung mit den Polen und Tschechen ist das
natürlich für die französische Luftfahrt von ganz be-
sonderer Bedeutung. Die französische Luftfahrt kann
ohne die deutsche Luft gar nicht leben.

Natürlich konnte es sich aber auch hierbei nur um
ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Abkommen han-
deln. Wenn die Luftschranken fielen, mußten sie auch
für die deutsche Luftfahrt fallen, und so wird jetzt auch
die deutsche Luftfahrt ihrer völkerverbindenden Auf-
gabe gerecht werden können. Schon hört man auch,
daß in Paris bereits die Einrichtung gemeinsamer
deutsch-französischer Linien besprochen wurde. Ob es
dazu wirklich kommen wird, bleibt abzuwarten. In
dem Augenblick jedenfalls, in dem die deutsche Luftfahrt
von den Fesseln der Begriffsbestimmung befreit und
die Luft Europas für den internationalen Flugverkehr
freigegeben ist, wird sie dank der Tüchtigkeit unserer
Lufttechniker und Luftorganisations eine Entwicklung
nehmen, die sie befähigt, den Wettbewerb mit den
ausländischen Verkehrsflugzeugen erfolgreich aufzu-
nehmen.

Die Rundfunkrede Stresemanns.

Deutschlands Verhältnis zu Rußland.
Reichsaußenminister Dr. Stresemann wies in
seiner am Sonnabend abend durch Rundfunk verbrei-
teten Rede einleitend auf die traditionelle Freundschaft
zwischen Preußen-Deutschland und Rußland hin. Durch
den Rapallovertrag sei diese Tradition wieder aufge-
nommen worden. Die russische Staatsform habe da-
mit nichts zu tun. Weiter ging Stresemann auf die
deutsche Kreditpolitik gegenüber Rußland ein. Sie diene
der Heilung der wirtschaftlichen Schäden der Welt.
Ueber den Berliner Vertrag führte er dann u. a. aus:

Am den Berliner Vertrag zu diskreditieren, munkeln
einige Leute von geheimen Abkommen, die mit ihm ver-
bunden seien. Das war früher Unsinn und ist jetzt Un-
sinn geblieben.

Man fragt, warum denn der Rapallovertrag als Basis
für den Berliner Vertrag bestimmt sei. Er sei doch eine
zu schmale Basis für einen Vertrag von dieser Bedeutung
und Ausdehnung. Nun, für uns war der Rapallovertrag
bedeutend, weil mit ihm Rußland aus dem Kreis der Länder
ausstieg, die Forderungen aus dem Weltkriege her gegen
uns geltend machten. Im übrigen war es logisch für uns,
vom Rapallovertrag auszugehen. Hätte man den Berliner
Vertrag ohne Bezug auf Rapallo abgeschlossen, so würde
man gefragt haben, was nun aus Rapallo würde. Beide
Verträge hätten nebeneinander gestanden, aber es hätte
an verbindenden Ideen gefehlt.

Weiter erklärte Dr. Stresemann, die deutsche Politik
verfolge eine bestimmte Linie. Sie hat das Ziel verfolgt,
aus der Gewalt des Versailler Vertrages zu einem Neben-
einanderleben mit den Mächten des Versailler Friedens zu
kommen. Deshalb hat die deutsche Regierung jene Politik
geführt, die vom Ruhrstreik und der Sanktionspolitik
zu der Londoner Konferenz, zu dem Dawesabkommen und
nach Locarno führte.

Rußland hat seinerzeit diese deutsche Politik mit Miß-
trauen angesehen. So unberechtigt wie dieses Mißtrauen
war, so unberechtigt sind heute die Aufregungen in der
öffentlichen Meinung verschiedener Mächte.
Was war denn Locarno? Es war die Festsetzung der
Methoden Poincarés durch die Methode friedlicher Ver-
ständigung, war insbesondere der gegenseitige Verzicht auf
einen Kampf zwischen Frankreich und Deutschland. Sein
Sinn war, durch den Verzicht auf den Kampf den Frieden
am Rhein zu festigen. Seine zukünftige Ausgestaltung war
gerichtet nicht nur auf Verständigung, sondern auf Aus-
einanderwirken der beteiligten Mächte, namentlich auch auf
wirtschaftlichem Gebiet. Der voraussichtlich bald erfolgende

Abschluß der Luftfahrtverhandlungen
kann trotz mancher Bestimmungen, die aus der Sphäre

gegenüber angeblicher militärischer Bedrohung durch Deutsch-
land entstehen, eine weitere Annäherung bringen.

Dr. Stresemann führte dann aus, die Genfer Schwierig-
keiten seien durch diejenigen Ideen entstanden, mit denen
die Gegenseite Locarno erweiterte, denn die Erweiterung
der deutschen Anregungen durch die Aufforderung zu
Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ging von der
Gegenseite aus. Der Berliner Vertrag sei durchaus mit
den Satzungen des Völkerbundes und dem Locarnovertrag
in Einklang zu bringen. Dazu bedürfe es keiner Prüfung
von irgend jemand von außen her.

Deutschland wird seine Entscheidungen stets nach
pflichtgemäßem Ermessen treffen.

Weiter wandte sich Stresemann gegen die Auf-
fassung, daß die Unterzeichnung des Berliner Vertrages
die Antwort Deutschlands auf die Genfer Tagung sei.
Zum Schluß erklärte er zusammenfassend: Die deutsche
Initiative führte nach Locarno. Sinnbild dieser Poli-
tik war die Sicherung des europäischen Friedens
und der Verzicht auf schwerwiegende feilsche Em-
pfindungen des deutschen Volkes, die schmerzhaft genug
aufgegeben werden mußten. Niemals aber war es
die deutsche Absicht, sich im Westen zu einer Kampfs-
gemeinschaft gegen den Osten zusammenzuschließen.

Wir haben ein ganz bestimmtes Ziel europäischer
Entwicklung vor Augen, wir verfolgen es gradlinig und
ohne Schwanken. Wir wissen, daß wir Machtpolitik
nicht treiben können, aber wir können in der Politik
der Friedenssicherung unseren eigenen Weg gehen.

Das Steuerprogramm der Regierung.

Dr. Reinhold verspricht Ermäßigung der Einkommen-
steuer.

Im Hamburger Ueberseesklub sprach Reichsfinanz-
minister Dr. Reinhold über „Wirtschaft und Staats-
finanzen“. Er verwies einleitend darauf, daß die Wirt-
schaftsfrage nicht auf Deutschland beschränkt sei, son-
dern eine europäische, ja, eine Weltkrise sei.

An die Stelle großer Wirtschaftsgebiete in Mittel-
und Osteuropa seien kleine Staaten mit ihren Zollschranken
getreten. Dazu gesellten sich die Währungsverwirrungen.
In Deutschland kämen zu diesen Schwierigkeiten noch die
Lasten der Reparationszahlungen.

Die Wirtschaftskrise sei zum Teil durch die zu starken
Steuererhebungen verursacht worden, die jedoch zur Stabi-
lisierung der Währung der deutschen Wirtschaft hätten auf-
zulegen werden müssen. Auch heute noch habe die Reichs-
regierung die dringende Pflicht, alles zu tun, um eine
neue Erschütterung der Währung zu verhindern.

Zur Aufwertungsfrage führte der Redner aus,
daß die Frage nicht zum Gegenstand politischer Agitation
gemacht werden dürfe. Dr. Reinhold verwies jedoch auf die
Aufhebung der Hemmnungen im Devisenverkehr.
Das Ziel sei die Rückkehr zu normalen und vollkommen
gesicherten Verhältnissen. Das Steuerbedürfnis müsse
wieder in ein gesundes Verhältnis zur Steuerkraft ge-
bracht werden. Als die schwere Aufgabe dieses Sommers
bezeichnete der Minister die Durchführung der Verwal-
tungsreformen.

Die Reichsregierung habe sich zur Aufgabe gemacht,
noch vor dem Herbst die Grundlagen zu schaffen, die uns
ein organisch-gewachsenes einheitliches Steuersystem ermög-
lichen. Es könne jetzt auch die Möglichkeit ins Auge gefaßt
werden, bei der Erhebung der Einkommensteuer eine Er-
mäßigung einzutreten zu lassen, um besonders den Mittel-
stand, der von dieser Steuer besonders scharf belastet werde,
zu entlasten.

Zum Arbeitslosenproblem führte der Minister
aus, daß es mit dem besten Willen für die nächste Zeit nicht
möglich sein werde, für alle Arbeitslosen Arbeit zu schaffen.
Wir müßten aber bei allem sozialen Empfinden dahin
streben, daß der Arbeitswille nicht leide. Aus der Arbeits-
losenunterstützung müsse eine Arbeitslosenversicherung
entstehen.

Die englisch-französische Freundschaft.

Eine Rede Chamberlains.

Vor einer Tagung der konservativen Frauen in
der Londoner Albert Hall hielt Sir Austen Chamber-
lain eine Rede über die politische Lage. Er begrüßte
den Besuch des französischen Präsidenten Doumergue
und des Ministerpräsidenten Briand und betonte, daß
diesem Besuch keinerlei politische Bedeutung beigemessen
werden dürfte.

„Wir wissen unsere herzliche Freundschaft mit Frankreich und unser tiefgehendes Verstehen mit Italien sehr wohl zu schätzen,“ sagte Chamberlain; „wir können und wollen aber auf alle Fälle mit Deutschland, unserem Feinde von ehemals, zu völligem Frieden kommen. Es wäre töricht, einen alten Freund aufzugeben, um dadurch einen neuen zu gewinnen. Aber unsere Freundschaften dürfen keinesfalls exklusiv sein.“

Zum deutsch-russischen Vertrag sagte Chamberlain, er sei noch immer der festen Überzeugung, daß er sich auf die Worte der deutschen Staatsmänner verlassen könne.

Ein französischer Fragebogen?

Nach der Liberté haben die juristischen Sachverständigen des Pariser Auswärtigen Amtes einen Fragebogen ausgearbeitet, der sich auf den deutsch-russischen Vertrag bezieht und der Reichsregierung zur Beantwortung vorgelegt werden soll. In einem beim Warschauer Auswärtigen Amt eingetroffenen Pariser Telegramm wird erklärt, daß ein gemeinsamer Schritt der Locarno-Mächte wegen des Berliner Vertrages zu erwarten sei.

Die Maifeiern.

Ruhiger Verlauf im Reich.

Die Maifeiern sind überall im Reich in der üblichen Weise durch Umzüge und Massenversammlungen begangen worden, ohne daß es zu größeren Störungen kam. In Berlin veranstalteten die Kommunisten eine Kundgebung im Lustgarten. Die Berliner Zeitungen sind am Sonnabend nachmittag und am Sonntag nicht erschienen.

Auf den Feiern des Ruhrgebietes war die Beteiligung an der Maifeier sehr gering. Wie schon im Vorjahre, sind nur auf den Feiern in den östlichen und westlichen Revieren die Belegschaften zum Teil nicht zur Arbeit erschienen. In den übrigen Revieren wurde voll gearbeitet.

Blutige Zusammenstöße in Warschau.

Wie aus Warschau gemeldet wird, kam es dort zu blutigen Zusammenstößen zwischen Sozialisten und Kommunisten, als die letzteren versuchten, sich den sozialistischen Demonstranten anzuschließen. Fünf Personen wurden dabei getötet und fünfzig schwer verletzt.

Stillelegung des englischen Bergbaues.

Ausperrungsbeschluss der Grubenbesitzer.

Die englische Bergbaukrise, die sich schon Monate herzieht, hat trotz aller Bemühungen der englischen Regierung, zwischen den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern eine Einigung herbeizuführen, nun doch damit geendet, daß die Verhandlungen gescheitert sind. Darauf sind in der Nacht zum 1. Mai die Ausperrungsmaßnahmen der Grubenbesitzer in Kraft getreten.

Einsatz der Technischen Nothilfe.

Da nach dem Scheitern der Einigungsversuche mit diesem Beschluß zu rechnen war, hat die englische Regierung sich schon vorher gesichert. Der Geheime Rat erteilte dem Kabinett alle Vollmachten für das Inkrafttreten eines industriellen Nothilfengesetzes.

Nach am Freitag abend ergingen durch das Wohlfahrtsministerium die entsprechenden Anweisungen an alle Stadtbehörden und Grafschaftsräte für das Eingreifen der Technischen Nothilfe, um zunächst die Durchführung der Kohlentransporte zu sichern. Sollte sich die Arbeitslosigkeit auch auf andere Industriezweige erstrecken, dann soll der Kern der Technischen Nothilfe durch Rekrutierung von Freiwilligen nach einem bereits früher den Behörden übermittelten Plane ergänzt werden, wozu Aufrechterhaltung aller lebenswichtigen Betriebe.

Die Leitung der Technischen Nothilfe wird in den Händen des Postministers Sir Mitchell Thomson in London liegen, unter ihm werden einzelne Minister jeweils einen Bezirk zu verwalten haben.

Mehr als 300.000 Kraftfahrzeuge stehen der Regierung als Transportmittel sofort zur Verfügung. Man glaubt, daß die Kohlenvorräte in England bei den Gaswerken, in den Bunkerplätzen und auf den Vorratsplätzen der Eisenbahn für mehrere Wochen reichen werden, selbst wenn es gelingen sollte, die Einfuhr ausländischer Kohle zu verhindern.

Die Nachricht von dem Beginn der Ausperrung ist in ganz England mit Bedauern aufgenommen worden, besonders auch von der Bergarbeiterschaft selbst. Man rechnet nicht mit einer längeren Dauer des Streiks, da die Bergarbeitergewerkschaft nicht über große Mittel verfügt.

Generalkreistbeschluss der Gewerkschaften.

Die englischen Gewerkschaften faßten den Beschluß, für Dienstag den Streik in allen lebenswichtigen Betrieben zu verkünden, falls bis dahin keine Verständigung über die Forderungen der Bergleute erfolgt ist. Der Streik wird sich auf die Eisenbahnen, das Land- und Wasserverkehrsweisen, die Werften, die Buchdruckereien einschließlich der Zeitungen, die Metallwerke, die Betriebe der chemischen Industrie, die Bauunternehmungen, mit Ausnahme derjenigen, die Wohn- und Krankenhäuser herstellen, erstrecken. Die in den Elektrizitäts- und Gaswerken tätigen Arbeiter werden die Belieferung der Industrie einstellen. In den Bergwerken herrscht völlige Arbeitsruhe. Nur die zur Instandhaltung der Gruben notwendigen Arbeiten werden ausgeführt.

Deutsche Gefangene in Cayenne.

Nicht Kriegsgefangene, sondern Strafgefangene.

Gegenüber den in der deutschen Öffentlichkeit in letzter Zeit auftauchenden Meldungen, daß sich in Cayenne noch etwa 100 deutsche Kriegsgefangene befinden, wird von amtlicher Seite erneut darauf hingewiesen, daß außer dem am 17. Oktober 1897 in Merseburg geborenen Otto Hoppe, der während des Krieges wegen eines Doppelmordes zum Tode verurteilt und dann auf Betreiben der deutschen Regierung zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe begnadigt worden ist, weitere ehemalige Kriegsgefangene in Frankreich oder den französischen Kolonien nicht zurückgehalten werden.

Dagegen befinden sich verschiedene Reichsdeutsche, die nicht Kriegsgefangene waren, in Französisch-Guyana in Strafhast. Es handelt sich dabei außer einigen Deutschen, die wegen gemeiner Verbrechen zu Zwangsarbeit verurteilt sind, auch um verschiedene ehemalige Fremdenlegionäre, die wegen militärischer Vergehen schwere Strafen verbüßen. Die deutsche Regierung sucht das Schicksal dieser Gefangenen in jeder möglichen Weise zu erleichtern.

Strieters Erzählungen.

Das Urteil des Psychiaters.

Im Kutischer-Prozess wurde am Sonnabend die Vernehmung der Angeklagten abgeschlossen. Dabei wurde zum Schluß noch eine eidesstattliche Versicherung Holzmanns verlesen, in der dieser behauptet, Michael habe ihm wiederholt gesagt, er wolle Kutischer dadurch vernichten, daß er ihm den Kredit bei der Staatsbank abgabe. Holzmann erklärte dazu, daß alle Angaben dieser Versicherung unwahr seien. Diktirt sei die Versicherung von Kutischer und Dobbini.

Dann wurde in die Beweisaufnahme eingetreten und zunächst der psychiatrische Sachverständige Dr. Hagedorn vernommen, der Strieter längere Zeit beobachtet hat, er kam zu dem Schluß, daß die Voraussetzungen des Par. 51 bei Strieter nicht vorlägen, wohl aber pathologische Störungen und Gemütsstörungen. Auf die Bemerkung des Vorsitzenden, Strieter habe schon als Sechzehnjähriger in Kairo ein Weltgeschäft gemacht, erklärte der Sachverständige, Strieter sei von Haus aus Kellner und habe sich später als Kaufmann und Händler im Auslande herumgetrieben und darüber phantastische Erzählungen verbreitet.

Nach einigen unwesentlichen Zeugenvernehmungen wurde die Verhandlung auf Montag vertagt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Unterbrechung der Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gab zu Ehren der schweizerischen Handelsvertragsdelegation ein Abendessen, an dem außer den Mitgliedern der Schweizer und der deutschen Delegation auch der schweizerische Gesandte Dr. Rüfenacht teilnahm. Die Herren der schweizerischen Delegation werden demnächst Berlin verlassen, da sie durch andere Handelsvertragsverhandlungen in Anspruch genommen sind. Die Verhandlungen werden voraussichtlich im Mai in der Schweiz wieder aufgenommen werden.

Neuwahlen in Mecklenburg-Schwerin. Der mecklenburgische Landtag hat den Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zur Auflösung des Landtags einstimmig angenommen. Die Neuwahlen sind auf den 13. Juni angesetzt. Die bereits in der vorigen Woche zurückgetretene Regierung wird bis zum Zusammentritt des neuen Landtages die Geschäfte weiterführen.

Gegen die Stillelegungspläne der Reichsbahn-Gesellschaft. Der in Schneidemühl tagende Provinziallandtag der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen beschäftigte sich u. a. mit der geplanten Stillelegung eines Teiles der Schneidemühler Eisenbahnwerkstätten, durch die mehrere 100 Arbeiter brotlos würden. Ein Entschließungsantrag wurde einstimmig angenommen, der sich gegen die beabsichtigte Stillelegung wendet.

Reichspostkredite für die mecklenburgische Wirtschaft. Die Reichspostverwaltung hat sich bereit erklärt, der Mecklenburgischen Depositen- und Wechselbank vorbehaltlich der Zustimmung des Verwaltungsrats der Reichspost einen kurzfristigen Kredit von 3 Millionen Mark zur Weitergabe an die mecklenburgische Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Die mecklenburgische Regierung hatte die Bürgschaft für das vorgesehene Angebot der Reichspostverwaltung wegen der gebotenen Eile übernommen. Die Angelegenheit wird dem Landtag beschleunigt zur Genehmigung vorgelegt werden.

Für Zinsermäßigung. Im Volkswirtschaftsausschuß des Reichstags wurde eine Entschließung des deutschnationalen Abgeordneten Thomson angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, mit Unterstützung der Reichsbank und der Rentenbankkreditanstalt mit allem Nachdruck auf eine wesentliche Ermäßigung der Zinsspannung, die die Vermittlerinstitute für sich beanspruchen, hinzuwirken, ferner für die Umwandlung der kurzfristigen Belastungen in Realcredite durch weitgehende Heranziehung des offenen Geldmarktes und durch Erleichterung der Annahmebedingungen für Realcredite Sorge zu tragen.

Im preußischen Landtag kam es am Freitag zu großen Lärmjahren. Bei der Beratung des Vergetats wurde der Abg. Kaiser-Anklam (völk.), der kürzlich in einem Nachlokal am Kurfürstendamm wegen der Zeche in Streik geraten war, von der Linken mit lebhaften Zurufen wie: „Der Zechpreller spricht zum Zechenwesen!“ und „Keine Zeche ohne Kaiser!“ empfangen. Abg. Otter (Soz.) warf dem Abg. Kaiser vor, er habe von der Zeche am Kurfürstendamm mehr Ahnung, als von den Zechen in den Bergrevieren. Die Völkischen drangen laut schreiend zum

Rednerpult. Otter ergriff sein Wasserglas und entleerte es über den Köpfen der Demonstranten. Die Sitzung mußte schließlich unterbrochen werden.

Die Höhe der Besatzung in der 2. und 3. Zone des besetzten Gebiets übersteigt jetzt die Zahl von rund 82.000 Mann, während im Frieden dort weniger als 40.000 Mann deutsche Truppen garnisoniert waren.

Am Sonnabend treffen 100 englische Eisenbahner Mitglieder der Londoner Railway-Students-Association zu Studienzwecken in Berlin ein. Tags darauf werden die Gäste vom stellvertretenden Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft, Dr. Dorpmüller, begrüßt werden.

Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. von Hörsch, kommt demnächst nach Berlin, um sich mit der Reichsregierung über die Frage der Studienkommission eingehend auszusprechen.

Die Dolchstoß-Untersuchung. Im vierten Unterausschuß des Reichstags zur Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruchs kam u. a. ein Brief, den der Sachverständige Prof. Dr. Hohohm am 26. April 1921 an den Vorsitzenden gerichtet hat, zur Sprache. Weiterhin zwei öffentliche Meinungen desselben Sachverständigen, und zwar ein „Offener Brief“ an den Abgeordneten Grafen zu Eulenburg im „Vorwärts“ vom 4. April 1926 und eine Broschüre im Verlag der „Weltbühne“ mit dem Titel „Untersuchungsausschuß und Dolchstoßlegende. Eine Flucht in die Dessenlichkeit von Prof. Martin Hohohm. Sachverständiger im Dittmann-Ausschuß.“ In einer einstimmig angenommenen Entschließung rügte der Unterausschuß das Verhalten des Sachverständigen. Professor Dr. Hohohm gab darauf die Erklärung ab, daß er mit seiner Broschüre nicht die Absicht gehabt hätte, gegen den Unterausschuß und die Sachverständigen den Vorwurf mangelnder Objektivität zu erheben.

Zur Groß-Hamburgfrage führte der Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen in einer Sitzung des Nautischen Vereins u. a. aus: „Wenn Hamburg bestrebt sei, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Entwicklung seines Hafens entgegenstünden, so erblicke es darin in erster Linie eine Aufgabe, die es für Deutschland leiste. Die Wünsche, die Hamburg in dieser Beziehung hege, hätten daher auch nicht den Charakter von Annekstionsgesüßten.“

Mary Vorsitzender der Zentrumsfraktion. Die Zentrumsfraktion des Reichstags wählte einstimmig den Reichsjustizminister Dr. Marx an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Fehrenbach zum Fraktionsvorsitzenden. Als stellvertretende Vorsitzende mit gleichen Rechten wurden mit großer Mehrheit die Abgeordneten von Guérard und Stegerwald gewählt. Die Annahme der Wahl durch Marx ist sicher. Der Zeitpunkt, wann er seinen Ministerposten zur Verfügung stellen wird, steht jedoch noch nicht fest. Als Nachfolger im Amt des Reichsjustizministers wird von der Zentrumsfraktion der Vizepräsident des Reichstags Dr. Bell präzipiert werden.

Tschecho-Slowakei.

Im Außen-Ausschuß des tschecho-slowakischen Senats berichtete Dr. Beneš über die ständigen Ratsitzungen im Völkerbunde. Er betonte in seinen Ausführungen, daß es im Interesse der Kleinen Entente läge, die sechs nichtständigen Ratsitze betzuhalten. Bei der Lösung der Ratsitzfrage werde auch der deutsch-russische Vertrag von Bedeutung sein. Es sei berechtigt, daß die einzelnen Staaten ein gewisses Mißtrauen gegen den russisch-deutschen Vertrag hegten. Möglich sei, daß durch den deutsch-russischen Vertrag ein engeres wirtschaftliches Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Rußland erfolge.

Frankreich.

Die von dem französischen Botschafter Berenger in Washington geführten Verhandlungen haben jetzt zu einer Einigung über das Schuldenabkommen geführt. Danach ist folgende Regelung vorgesehen: Für die ersten zwei Jahre bezahlt Frankreich 30, in den folgenden zwei Jahren 32,5 Millionen Dollar. Von da ab erhöhen sich die Jahreszahlungen langsam bis zu 125 Millionen Dollar. Die Gesamtschuld Frankreichs ist auf 6,827 Millionen Dollar berechnet worden. Die Zinszahlungen beginnen mit dem Ende des fünften Jahres. Sie betragen für die ersten 10 Jahre 1 Prozent und erhöhen sich im Laufe der folgenden 25 Jahre nach und nach auf 3,5 Prozent.

England.

Bei der Neuwahl in Eastham erhielt der sozialistische Kandidat 10.798 Stimmen, während der konservative nur 9071 Stimmen auf sich vereinigte. Die bisherige Stimmenmehrheit der Konservativen hat sich bei dieser Wahl um mehr als 2000 Stimmen vermindert.

Die englischen Juristen haben die Untersuchung über die rechtliche Seite des deutsch-russischen Vertrags abgeschlossen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß sowohl der Vertrag wie der beigefügte Schriftenwechsel mit den Locarno-Verträgen in den Völkerbundsstatuten nicht im Widerspruch stehen.

Rußland.

In einem Bericht der „Prawda“ über die Wohnungszwangswirtschaft wird festgestellt, daß ein ungeheures Defizit an Wohnraum, fortschreitender Verfall der Häuser, dagegen nur schwache Baulätigkeit vorhanden sei. Aus einer Wohnungsenquete in der Provinz ergebe sich, daß ein erheblicher Prozentsatz der Häuser zum Wohnen ungeeignet sei und daß fast alle Häuser eine grundlegende und laufende Reparatur erforderten. Den einzigen Ausweg aus der furchtbaren Wohnungslage sieht der Kommissar in einer Erhöhung der Wohnungskosten in einem Ausmaße, daß diese wenigstens die Selbstkosten decken müßte. Eine gründliche Aenderung der bisherigen Wohnungspolitik sei dringend notwendig.

Jugoslawien.

Die Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten Nuznowitsch und Stephan Raditsch haben zu einer Verständigung geführt. Die drei kroatischen Minister, die nach dem Ausscheiden Stephan Raditschs aus dem Kabinett ausgeschieden waren, treten wieder in die Regierung ein, und zwar Paul Raditsch als Minister für Agrarreform, Dr. Krahatsch als Handelsminister und Dr. Bucelj als Landwirtschaftsminister.

Rumänien.

Frankreich hat an Rumänien acht Unterseeboote verkauft. Der Washingtoner Vertrag verbietet den Verkauf von Unterseebooten, jedoch interpretiert Rumänien den Ankauf so, daß die Schiffe als Neubauten von französischen Werften bezogen seien.

Türkei.

Die Türkei hat das Ersuchen der ungarischen Regierung, den der Teilnahme an den Frankfurter Verhandlungen beschuldigten Professor Meszaros auszuliefern, aus prinzipiellen Gründen ablehnend beantwortet.

Amerika.

Wie „Petit Parisien“ aus Washington meldet, wird Berenger im Mai nach Paris reisen. Das französisch-amerikanische Abkommen wird dem Kongress während der jetzigen Tagungsperiode nicht mehr zur Ratifizierung unterbreitet. Die Regierung beabsichtigt, wie bei den Abkommen mit anderen Staaten zu warten, bis das französische Parlament den Vortrag ratifiziert hat. In der Pariser Presse wird trotz einer beruhigenden Erklärung der Regierung das Abkommen einmütig abgelehnt.

Aus dem Muldentale.

Waldenburg, 3. Mai 1926.

Der Frühjahrs-Jahrmärkte am gestrigen Tage war nur mäßig besetzt. Trotzdem war namentlich vom Lande eine zahlreiche Käuferfahre herbeigekommen, die den Markt dicht belebte. Leider war das Wetter dem Märkte wenig freundlich gesinnt. Kalt und regnerisch stand es im Gegenfahre zur Frühlingswärme des Vortages. Nach einer alten Bauernregel „Mai kühl und naß, füllt dem Bauer Scheuer und Faß“ kann man ja mit diesem Wetter, das sich auch heute noch nicht geändert hat, zufrieden sein. 72 Fieranten waren auf dem Märkte anwesend.

Sein 66. Stiftungsfest konnte der Gesangverein Waldenburg am vergangenen Freitag Abend im Gasthaus Grünfeld in Verbindung mit einem Frühjahrskonzert festlich begehen. Die Strehlesche Stadtkapelle bot im Verlauf des Abends ausgewählte Konzertmusik in gern gehörter Art. Die Darbietungen des Männerchores unter Herrn Oberlehrer Franzes Leitung standen auf anerkannter Höhe. Die Feinheiten in Tonbildung und Steigerung wurden namentlich in schwierigen Partien glänzend herausgearbeitet. Zu vor begrüßte der Vorsitzende Herr Mag Klein die Stiftungsfestteilnehmer, besonders den Solisten des Abends Herrn Studentrat Hans Meier, der durch Sangesbruder Ritters liebenswürdige Vermittlung für den Verein gewonnen worden war. In dem Solisten lernte man einen Bariton kennen, der eine prächtige Tonfülle entwickelte. Bei sauberer und klarer Regiebehandlung erstreute er mit seinem vollen Organ und beherrschte mühelos alle Schwierigkeiten bei voller Tonbildung. Es sei nur Wolfstams Preislied aus „Lannhäuser“ oder das Schluslied aus den „Meisterfingern“ hervorgehoben. Herr Oberlehrer Franze war dem Solisten ein guter Führer und Begleiter am Klavier. Mit Stillschuldigen klang das Fest noch manche Stunde dauern aus.

Die Heimatsfahrt der Waldenburger Landsmannschaft in Leipzig führte an den beiden vergangenen Fiertagen 35 ehemalige Waldenburger in die alte Heimat zurück, um hier der Erinnerung zu leben. Die Teilnehmer der Fahrt, an der Spitze Herr Schwager-Leipzig, wurden am 1. Mai im Rathausaal durch Herrn Bürgermeister Dr. Rechenberg mit herzlichen Worten begrüßt. Im Kreise Verwandter und Freunde wurde manch schöne Stunde verlebte.

Der Mai-Ausflug. Die im Jahre 1848 gegründete Chemnitzer Gesellschaft „Sonntagskränzchen“ beabsichtigt nächsten Sonntag einen Ausflug in unser im Blütenprunk des Frühlings prangendes Muldentale zu unternehmen. Die Teilnehmer werden im festlich geschmückten Sonderzug nach 8 Uhr in Remse eintreffen, im Gasthof Kappelst ein Frühstück einnehmen und dann nach dem Gasthof Grünfeld wandern, wo das Mittagmahl eingenommen werden wird. Der Nachmittag ist dem Tanz oder Spaziergängen im Grünfelder Park gewidmet. Abends 10 Uhr 25 Minuten erfolgt vom Bahnhof Waldenburg aus die Rückfahrt nach Chemnitz.

Eine Radwanderfahrt nach Park und Gasthaus Grünfeld veranstaltete gestern Sonntag der Bezirk Zwickau im Bunde deutscher Radfahrer mit der radfahrenden Bezirksjugend.

Der 1. Mai führte diesmal die sozialdemokratischen Ortsgruppen von Waldenburg und Umgebung (Callenberg und Remse) zur Matseier in Waldenburg zusammen. Mittag 1 Uhr nahm auf dem Marktplatz die Feter ihren Anfang. Der Arbeitergesangverein „Freischütz“ begann mit dem Gesang „Empor zum Licht“, ein junger Mann sprach einen Prolog, der mehr kommunistische Ziele zur Grundlage hatte. In der Festansprache ging ein Herr Altmann aus Chemnitz auf die Bedeutung des Matstages und das daraus sich folgende Streben ein. Mit Gesängen wieder unter Leitung des Herrn Keller wurde die Matseier beschlossen. Zu vor gab Herr Schauer noch Richtlinien über die Ausgestaltung des

Tages. Der Festzug formierte sich, aus Turnern, Sängern, Radfahrern, Parteigenossen und roten Frontkämpfern gebildet. Fahnen wurden mitgeführt. Mit Gesang und Lautenspiel durch die Arbeiterjugend angeführt setzte sich der Zug durch die Stadt und Altstadt in Bewegung, um die Teilnehmer hinaus nach Grünfeld zu führen, wo bei Turnen, Spiel und Tanz der Tag beschlossen wurde.

Der Verlauf der Reichsgesundheitswoche. Vom Landesauschuss für hygienische Volksbelehrung wird geschrieben: Die Reichsgesundheitswoche ist vorüber. Aus allen Teilen Sachsens wird von lebhafter Beteiligung berichtet. Das Preisauschreiben für Schüler hat großen Anklang gefunden. Wenn nur ein kleiner Teil der angestrebten Gesundheitsanregungen fruchtbaren Boden gefunden hat und weiter wirken wird, ist der Zweck der Reichsgesundheitswoche als Anfang einer anhaltenden gesundheitlichen Volksbildung erreicht.

Ein Regler-Tribut. Heute ist es dem hiesigen Reglerklub „Fidelio“ vergönnt, auf ein 40-jähriges Bestehen zurückblicken zu können. Beachtenswert ist dabei, daß der Mitbegründer des Klubes, Herr Kaufmann Karl Detrich, von Anfang des Bestehens an bis jetzt als Vorstand dem Klub angehört, und er noch heute trotz seines Alters regelmäßig aktiv diesem Sportclub beizugeht. Gewiß eine seltene Treue.

Kerzh. Die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestand des Gutsbesizers Herrn Emil Bauch ist erloschen. Die Gemeinde Kerzh ist nun frei von der Seuche und wurden die getroffenen Sperrmaßnahmen daher wieder aufgehoben.

Wolkenburg. Eine Bezirksauschussführung findet Donnerstag, den 6. Mai, vorm. 1/11 Uhr im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft Rochlitz statt.

Ziegelheim. Die anlässlich der Reichsgesundheitswoche am vergangenen Donnerstag Abend für die hiesige Parochie im Saale des Fiedlerschen Gasthofs vom hiesigen Wohlfahrtspflege-Auschuss veranstaltete Vorführung des großen Films „Die weiße Seuche“ (Tuberkulosefilm) hat einen vollen Erfolg gehabt. Dieser Kino-Lehrfilm brachte in lebenden Bildern eine vorzügliche Belehrung über die Verbreitung und die Befahren der Tuberkulose, die durch den Krieg wieder in erschreckendem Maße zugenommen hat und in Deutschland jährlich etwa 140.000 Menschen duhntrast. Wissenschaftlich einwandfrei ist der Film zugleich so spannend aufgebaut, daß man ihn von innerer Erregung gefesselt auf sich wirken läßt. Da der Film auch die Heilbarkeit der Tuberkulose aufweist, wenn ihr rechtzeitig die sachgemäße Behandlung zuteil wird, kann man ihn mit Dank als ein wirksames Abwehrmittel gegen die „weiße Seuche“ bezeichnen. Besonders anschaulich lehrreich waren die der Statistik dienenden Bilder über die prozentuale Ausbreitung der Tuberkulose in den überseeischen und in den europäischen Ländern; dann die Veranschaulichung, wie die Tuberkelbazillen ihren Weg in die Lunge und in den Darm finden, in Gehirn, Kehlkopf, Niere, Milz und in die Knochen; dann die Feststellung der Krankheit durch Mikroskop, die Auswurfuntersuchung, dann die Impfung, die Heilstätten- und Sanatoriumsbehandlung im Hoch- und Mittelgebirge und in der Ebene, im Sommer und Winter; zuletzt Bilder über Vorbeugung, Verhütung der Ansteckung und Bilder zu den Vorschriften betr. Milch, Lebensmittel, Desinfektion von Wäsche und Krankenzimmer, Wohnungshygiene, Sport und allgemeine Körperpflege. Die Begrüßungen und Schlusworte des Wohlfahrtspflege-Auschuss-Vorsitzenden Pfr. Rant konnten nur Worte des Dankes sein, den alle dem großen Saal bis auf den letzten Platz füllenden Besucher schuldig waren. Der Dank galt der Bezirkspflegerin in der Amtshauptmannschaft Glauchau, Fräulein Deegen, die den Film versorgt hatte und ihn, soweit nötig, erläuterte; Herrn Walter Mehlhorn (Vulkanisierwerke Glauchau, Leipziger Straße), der in uneigennützigster Weise den Vorführungsapparat stellte und bediente; Herrn Elektrizitätswerksdirektor Rügler-Glauchau und Sohn, der Herrn Mehlhorn tatkräftig zur Seite stand, und Herrn Bürgermeister Ritschen-Ziegelheim, der um das Zustandekommen der Vorführung sich besonders mit verdient gemacht hat.

Aus dem Sachsenlande.

Die Vertretung der sächsischen Landwirtschaft beim Ministerpräsidenten. Der Landesauschuss für die sächsische Landwirtschaft, der aus den beiden Präsidenten der Landwirtschaftskammer, den beiden Vorsitzenden des sächsischen Landbundes und dem Hauptgeschäftsführer dieser Organisation besteht, sprach vergangene Woche Mittwochs vormittag beim sächsischen Ministerpräsidenten vor, um diesem noch einmal die verzweifelte Stimmung, die in der sächsischen Landwirtschaft herrscht, zu schildern und die Regierung zu ersuchen, den Forderungen der sächsischen Landwirtschaft auf steuerliche Erleichterungen bei der jetzt zur Beratung stehenden Gesehwürfen Rechnung zu tragen. Der Ministerpräsident sowohl wie auch der gleichzeitig anwesende Wirtschaftsminister und der Finanzminister betonten ihr Verständnis für die schwierige Lage der sächsischen Landwirtschaft, wiesen aber darauf hin, daß die Entscheidung über die Steueresehe nicht mehr bei der sächsischen Regierung, sondern bei den Parteien des Landtags liege. Hinsichtlich der Aufwertungssteuer wurde in Aussicht gestellt, daß vor dem Erlaß der Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung über diese Steuer noch einmal ein Vertreter der Landwirtschaft gehört werden soll.

Aus den Landtagsauschüssen. In der letzten Sitzung des Rechtsauschusses des Landtages wurde der kommunistische Antrag betr. Aufwertung der Sparguthaben auf 25 Proz. behandelt, den die Regierung als unannehmbar bezeichnete. Es wurde beschlossen, die Re-

gierung zu ersuchen, zu einer der nächsten Sitzungen Unterlagen über die zur Verfügung stehenden Summen herbeizuschaffen. Hierauf wurde die Regierungsvorlage betr. die Abfindung der Schönburgischen Renten gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen. Des weiteren fand ein Antrag Wirth (Soz.) Annahme, wonach von Reich wegen baldigst ein Gesehwürfen geschaffen werden soll, um im ganzen Lande eine zweckmäßige Bodenvirtschaft in die Wege zu leiten.

Der Haushaltsauschuss A des Landtages beschäftigte sich mit einer ganzen Reihe von Etatkapiteln. Beim Kapitel Sammlungen für Kunst und Wissenschaft entspann sich eine längere Aussprache wegen einer Forderung von 25.000 Mk., die der Landesbibliothek für Neuanschaffungen zugute kommen sollen, und wegen eines Antrages, wonach Pflichtergemulare von Neuerscheinungen der Bibliothek zugänglich gemacht werden sollen. Die erste Forderung wurde abgelehnt, die Abstimmung über den zweiten Antrag vorerst ausgesetzt. Ferner wurden verabschiedet Kapitel Ev.-Luther. Landeskonfessionstums, kathol.-geistliche Behörden, Ministerium für Volksbildung und Bergakademie Freiberg, wobei ein neu eingestellter Betrag von 270.000 Mk. bewilligt wurde, um die geplanten Institutsneubauten durchzuführen zu können. Endlich wurden die Kapitel Landwirtschaftliche Versuchsanstalt, Fach-, Gewerbe- und Handwerkschulen, Höhere Staatslehranstalt für Gartenbau in Pillnitz, Versuchs- und Beispielsgärtnerei in Pillnitz gemäß den Einstellungen genehmigt. In gesonderter Abstimmung stimmten die Linkssozialisten und Kommunisten gegen das Gehalt des Wirtschaftsministers.

Im Haushaltsauschuss B des Landtages wurde das Haushaltskapitel Porzellanmanufaktur Meissen eingehend beraten und 750.000 Mk. zur Verstärkung des Betriebskapitels genehmigt.

Im Untersuchungsausschuss des Landtages wurden an der Hand von über 100 Fällen die Vorgänge beim Einsatz der Reichswehr in Sachsen im Herbst 1923 unter dem Vorsitz des Abg. Siwert (Komm.) besprochen. Der Ausschuss beschloß, weitere Akten nicht mehr zuzuziehen und seine nächste Sitzung Ende Mai abzuhalten.

Antrag gegen Finanzminister Dr. Reinhold. Die deutschnationale Landtagsfraktion des sächsischen Landtages und der sozialdemokratische Abgeordnete Schnitzler als Vorsitzender des Haushaltsauschusses beantragten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der vom früheren sächsischen Finanzminister und jetzigen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold 1925 erteilten Aufträge für Kleinpflaster. Da die genügende Zahl von Unterschriften vorhanden ist, wurde dem Antrag stattgegeben.

Strafverfolgung und Verhaftung des Kommunisten Böttcher. Dem Rechtsauschuss des Landtages lag ein Antrag des Oberreichsanwaltes auf Genehmigung zur Strafverfolgung und Verhaftung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Böttcher vor. Böttcher ist der Räubersführerschaft bei hochverräterischen Umtrieben angeklagt. Dem Antrage des Oberreichsanwaltes wurde mit 10 Stimmen der Bürgerlichen gegen 9 Stimmen der Sozialdemokraten beider Richtungen und der Kommunisten stattgegeben.

Altenburg. Vollversammlung der Kreislandwirtschaftskammer zu Altenburg. Bei der Eröffnung gab Gutsbesitzer Lichtenstein aus Hinterhulmannsdorf als 1. Vorsitzender bekannt, daß die Abwicklung der aufgelösten alten Kammer mehr Arbeit erfordert, als man angenommen habe. Die Ursache hierzu sei wohl darin zu sehen, daß der Direktor der neuen Hauptkammer erst vor wenig Wochen angestellt worden sei. Am Freitag aber habe eine endgültige Besprechung mit den Herren aus Weimar stattgefunden, so daß man nun bald einen Strich unter die Rechnung ziehen könnte. Als Schriftführer wurde nunmehr der Geschäftsführer ernannt. Dann schritt man zur Abnahme der letzten Jahresrechnung der alten Kammer die mit einer Einnahme von 146.473,43 Mk. und mit einer Ausgabe von 149.259,95 Mk. abschloß, so daß ein Fehlbetrag entstanden ist. Aus der Vermögensübersicht ergab sich ein Rückgang von 44.788 Mk. auf 25.193 Mk., der aus dem Abgang der Dechhengste und der Vermögensstücke der Landwirtschaftlichen Schule zu erklären ist. Die Prüfung der umfangreichen Rechnung hatte der Buchstellenleiter Raumann vollzogen. Wie er so hatte auch, wie Rittergutspächter Schellenberg aus Debitzen bekanntgab, er und der Geschäftsführer festgestellt, daß die Rechnung ordnungsgemäß geführt worden sei und darum richtig zu sprechen wäre. Diesem Antrag wurde stattgegeben und dem Rechnungsführer wie dem Vorstande Entlastung erteilt. Dann bildete der Haushaltsplan für 1926 einen Gegenstand längerer Beratung. Dann schritt man zur Wahl der Grundbewertungsausschüsse. Vorgeschlagen wurden für den Bezirk Ehrenhain Fischer in Garbus und Berger in Zumroda, als Vertreter Otto Bauch in Mochzig und Wäzler in Dippelsdorf, für den Bezirk Langenleuba-Niederhain Lichtenstein in Hinterhulmannsdorf und Schmiedel in Schönbach, bez. Müller in Frohnsdorf und Fiedler in Wolperndorf.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 30. April.

In der fortgesetzten Beratung des Gesehwürfs über die Fürstenernteignung legt zunächst der bayerische bevollmächtigte Minister Dr. v. Preger gegen die Angriffe des Abg. Seeger gegen den bayerischen Staat Versicherung ein. In der weiteren Aussprache erklärt der kommunistische Rosenbergs, daß bei den Regierungsparteien ein wüstes Durcheinander herrsche. Abg. Kubie (Bölk.) bezeichnet die Zulassung eines Volksbegehrens über die Fürstenernteignung als verfassungswidrig. Abg. Loibl (Wayer)

Sp.) weist die Angriffe des Abg. Saenger gegen Bayern zurück.

Damit ist die erste Beratung beendet. Der Präsident stellt nunmehr den Antrag des Zentrums und der Demokraten auf Ueberweisung des Volksentscheidgesetzes und sämtlicher Anträge an den Rechtsausschuss zur Erörterung.

Nach fast einstündiger Geschäftsordnungsdebatte wird die Ueberweisung des demokratischen Antrages an den Rechtsausschuss mit 200 gegen 143 Stimmen beschlossen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Völkischen und die Kommunisten. Der Zentrumsantrag wird darauf ebenfalls dem Rechtsausschuss überwiesen. Für diese Ueberweisung stimmte auch die Deutsche Volkspartei. Die Ueberweisung des völkischen Antrages wegen der Enteignung der Börsenfürken wird gegen Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und Völkische abgelehnt. Darauf wird beschlossen, auch das Enteignungsgesetz dem Rechtsausschuss zu überweisen. Abgelehnt wird jedoch der völkische Antrag, den Volksentscheid für unzulässig zu erklären.

Damit ist der Punkt der Tagesordnung, der die Kürzenabfindung betrifft, erledigt. Das Haus nimmt zurückgestellte Abstimmungen zum Reichshaushaltsplan vor.

Angenommen wird eine Entschärfung der Deutschen Volkspartei auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der die Rechtsgrundlagen für die Privatschule festlegt. Mit 370 gegen 147 Stimmen wird ein deutschnationaler Zusatzantrag angenommen, wonach durch wirksame Maßnahmen das Erliegen der Privatschule verhindert werden soll.

Das Haus verläßt sich dann auf Dienstag 3 Uhr.

Telegramme.

Leipzig, 3. Mai. Bei der Maifeier kam es hier zu einer wüsten Schlägerei zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Auf dem Augustusplatz hatte sich eine starke Teilnehmerzahl zum Festzug versammelt, ebenso die Kommunisten, die sich trotz Widerpruchs am Zuge beteiligten. Beim Eingang in den Augustusplatz wurde ihnen der Zutritt verweigert, wobei es zu einer wüsten Schlägerei mit den Reichsbannerleuten kam. Die Polizei war machtlos gegenüber den Kommunisten, die sich den Eintritt erzwingen. Nachdem die Polizei Verstärkung erhalten hatte, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Berlin, 1. Mai. Das Reichskabinett hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, als deutschen Delegierten für die vorbereitende Abrüstungskonferenz, die vorläufig am 16. Mai in Genf beginnen soll, den demokratischen Reichstagsabgeordneten und früheren deutschen Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, zu ernennen.

Berlin, 1. Mai. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat Reichskanzler Dr. Luther auf eine Anfrage des Zentrums heute mitgeteilt, daß er an und für sich bereit sei, die Initiative in der Frage der Kürzenabfindung zu ergreifen, wenn andere Möglichkeiten nicht mehr vorlägen. Die Regierung will aber erst die Beschlüsse des Reichstags abwarten. Sollten alle Abfindungsversuche scheitern, so würde die Reichsregierung noch vor dem Volksentscheid mit einer Meinungsäußerung an die Öffentlichkeit treten, in der sie sich gegen die entschädigungslose Enteignung der Kürzen ausspricht und ferner auch ihrerseits einen Gesetzentwurf vorlegen, der nach dem Volksentscheid bekannt gegeben, aber erst nach dem Entscheid zur parlamentarischen Erledigung kommen würde.

Schönan (Wiesenthal), 3. Mai. Das auf dem hiesigen Friedhof befindliche Grabmal Schlageters ist nachts von unbekannter Hand mit roter Lackfarbe bis zur Unkenntlichkeit beschmiert worden. Reichskanzler Dr. Luther sandte dem Vater Schlageters ein Telegramm, in dem er seiner Enttäuschung über das Vorgehen Ausdruck gab.

Elbing, 3. Mai. In Gegenwart des preussischen Unterrichtsministers Dr. Becker, Vertretern der Reichs-, Staats- und Provinzialbehörden, der Königsberger Albertus-Universität, der Technischen Hochschule in Danzig, des Provinzialschulkollegiums, des Evangelischen Oberkirchenrates und des Konsistoriums wurde am Sonnabend die erste Pädagogische Akademie in Ostpreußen, die zugleich die erste in Preußen ist, eröffnet. In längerer Ausführungen beschäftigte sich Kultusminister Dr. Becker mit der Aufgabe und den Erwägungen, die zu der Gründung der Pädagogischen Akademie geführt haben.

Schießstandweihe in Oberwiera.

Am Ziele langgehegter Wünsche steht die Schießgesellschaft Oberwiera, die gestern Sonntag die Weihe des neu erbauten Schieß- und Scheibenstandes vornehmen konnte. In hergebrachter sinniger Weise begann man den Weihetag mit einem Kirchgang. Im Gottesdienst wies der Ortspfarrer auf die Bedeutung des Tages hin. Dann begaben sich die Mitglieder der Gesellschaft mit der Fahne, auch die Schützengesellschaft zu Frohnsdorf war erschienen, nach dem Neubau, um die

Weihefeier

zu begehen. Im Halbkreis nahm man Aufstellung. Der Vorsitzende Herr Herbert Haberkorn-Neukirchen begrüßte die Schützenbrüder und hielt eine inhaltreiche Festansprache, der folgendes entnommen sei:

Nachdem wir im Gotteshaus in rechter Andacht den festlichen Tag begonnen haben, stellt sich jetzt unsere Kompanie zum zweiten Male auf, um den Weiheakt des neuen Schießstandes zu vollziehen. Ueberall hin in die Umgebung, wo deutscher Schützengeist lebt, ist die Kunde von unserem Fest gegangen und alle begrüße ich, die dazu erschienen sind. Allen rufe ich ein herzliches Willkommen zu. Möge die Weihestimmung der gegenwärtigen Stunde uns noch enger zusammenschließen, damit wir uns nicht nur als Schützen fühlen, sondern auch als Schützenbrüder.

Der Bau, den wir heute weihen, ist das bisher größte Unternehmen des Vereins und stellt einen Markstein in der Vereinsgeschichte dar. Wenn von den beiden Jubiläen, dem 25- und 50jährigen Vereinsbestehens abgesehen wird, so sind noch drei andere denkwürdige Daten in der Vereinsgeschichte zu verzeichnen, welche zur Kennzeichnung des heutigen Tages erwähnt werden müssen.

Der erste Markstein ist die Gründung der Gesellschaft im Jahre 1873. Am 1. Juli fanden sich eine Anzahl Freunde des Schießportes zusammen und gründeten an diesem Abend den Verein, der wohl einer der ersten auf dem Lande gewesen ist und mit seinen 53 Jahren zu den Dorfschützenvereinen zählt. In kurzer Zeit traten dem Verein zahlreiche Mitglieder selbst aus weiterer Ferne bei. Den nächsten bedeutungsvollen Abschnitt brachte das Jahr 1888. Bis dahin hatte man mit Armbüchsen geschossen, nun wurde das Kleinkalibergewehr eingeführt, das noch heute im Besitze der Gesellschaft ist. Aus Mitteln der Kasse wurde im Jahre 1898 die Fahne beschafft, deren Kosten 250 Mark betragen. Das war der 3. Markstein. In einfacher Weise wurde sie damals enthüllt und hat den Verein bis heute getreulich in Freude und Leid geführt.

Nach den Jahren des Aufschwungs kam der Weltkrieg.

Südburg, 1. Mai. Der Schaumburg-Lippesche Landtag nahm in erster Lesung einen Gesetzentwurf einstimmig an, durch den die Volksabstimmung zur Frage der Aufgabe der staatlichen Selbständigkeit des Staates Schaumburg-Lippe beschlossen wurde. Außerdem wurde beschlossen, die Abstimmung am 6. Juni vorzunehmen.

Paris, 3. Mai. Ueber die Unterbrechung der Friedensverhandlungen mit Abdel Krim wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben: Die spanische und die französische Regierung haben den Rifleuten bekannt gegeben, daß, wenn bis zum 6. Mai spätestens eine grundsätzliche Annahme der Bedingungen nicht erfolgt sein werde, die den Gegenstand der an Mohamed Aferkan am 11. April gerichteten Notifizierung abzugeben haben und wenn außerdem nicht sämtliche im Rifgebiet zurückgehaltenen Gefangenen bis zu diesem Zeitpunkt zurückgegeben sein würden, die beiden Regierungen am 7. Mai ihre volle Aktionsfreiheit wieder nehmen würden.

London, 3. Mai. Der Gewerkschaftstongress hat für morgen Dienstag den Generalstreik proklamiert. Es werden noch fieberhafte Versuche gemacht, um das Neuzerster zu verhindern. Sollte das nicht gelingen, so rechnet man mit revolutionären Unruhen. Alle Reserve-Offiziere haben Befehl erhalten, sich zur

53 Mitglieder wurden zu den Fahnen gerufen. 13 davon kehreten nicht wieder heim. Eine Ehrentafel im Vereinszimmer wird die Namen der Nachwelt erhalten. Auch die Revolution konnte den Vereinsgeist nicht knebeln und der Aufstieg begann wieder, bis heute als 4. Markstein der Bau des massiven Schießstandes wohl die größte Tat des Vereins, zu buchen ist. Der Forderung des Baues, Preischießen nur in Ständen mit 175 m Schußbahn abhalten zu dürfen, mußte entsprochen werden. Am Karfreitag des vergangenen Jahres fand die denkwürdige Feier statt, in der man sich mit den Plänen und der Kostendeckung beschäftigte. Der Plan schien nicht ausführbar, doch Schützenbrüder Erhard Winter erklärte sich bereit, die Kosten zu übernehmen und stellte das Grundstück unentgeltlich zur Verfügung. Die Ausführung schritt dann rüstig vorwärts. Mitte August war der Bau in der Generalversammlung beschlossen worden, Mitte September war die Anlage vollendet, sodas am 26. September das erste Probegießen abgehalten werden konnte. Die Weihe mußte infolge vorgeschrittener Jahreszeit auf heute verschoben werden.

An alle, die geholfen haben, sei der Dank des Vereins gerichtet; vor allem an unseren Schützenbrüder Erhard Winter. Während einer schwierigen Zeit war der Verein im Stände das Werk zu vollenden, daß fernem Geschlechtern noch von deutscher Schützentreue künden, und ein Zeichen der Opferbereitschaft sein wird. Daß dieser Geist auch weiterhin herrsche, vollziehe ich die Weihe mit dem Leitspruch:

„Seid einig, einig, einig!“

Möge dies immer dem Verein voranleuchten. Damit übergebe ich das Werk seiner Bestimmung mit dem Wunsche, daß sich jeder seiner Pflichten bewußt sei

„Einig sind wir, deutsche Schützen und ewig mög' uns Gott beschützen, die Augen scharf, die Hände stark Treudeutsch und einig bis ins Mart.“

Im Anschluß daran gab nun der diesjährige Schützenkönig, Herr Kurt Ubricht-Neukirchen, 3 Weihegeschüsse auf den neuen Stand ab.

Als Vorsteher des Schützenvereins Frohnsdorf brachte Herr Nichtenstein-Hinteruhmannsdorf Gruß und Glückwunsch seiner Schützenbrüder, lobte die neue Anlage, die kaum in gleicher Weise in der Umgebung wieder zu finden sei.

Die Schützenbrüder zogen nun zum Festlokal „Winters Gasthof“ und einten sich zu fröhlicher Feier. Mittags begann dann das Preischießen, das wieder zahlreiche Teilnehmer fand.

Berfügung zu halten. Das Pfund ist gegen Neuzerster gefallen. Die Stimmung ist allgemein ernst, obwohl das Leben unverändert weitergeht. Der König hat den Ausnahmezustand verhängt.

Madrid, 1. Mai. Das Oberste Kriegsgericht in Madrid sprach das Urteil gegen die 9 Katalanen, die angeklagt waren, ein Bombenattentat auf König Alfonso verjucht zu haben. Drei Angeklagte wurden zum Tode verurteilt (im Begrabungsfalle zu lebenslänglichem Zuchthaus), die übrigen Angeklagten erhielten mehrere Jahre Zuchthaus.

Hamm (Westfalen), 1. Mai. Dem Kassenraum des hiesigen Personenbahnhofs statten Einbrecher einen unerwünschten Besuch ab. Sie erbrachen den Geldschrank und erbeuteten gegen 165 000 Mark, die dem Bahnhofsamt dort aufbewahrt waren.

Kirchliche Nachrichten.

Dienstag, den 4. Mai.

Waldenburg. Abends 8 Uhr Bibelbesprechung über Matth. 16, 26-31: Wenn Gottes Reich zu uns kommt.

Waldenburg. 3. Mai. Mittags 12 Uhr + 9 Grad C., morgens 8 Uhr + 6 Grad C., tiefste Nachttemperatur + 5, Grad C., Feuchtigkeit der Luft 77 Prozent. Barometerstand 759 mm. Windrichtung: Ost. Niederschlagsmenge in den letzten 72 Stunden 10, mm. Witterungsaussicht: Meist bewölkt.

Dixin
Wer es kennt
gebraucht es gern!
Henkel's Seifenpulver

Saatkartoffeln.
Heute Dienstag kommt eine Ladung **Bismarck** (rot) zur Entladung und bitte die bestellten abzuholen, auch habe ich davon noch abzugeben.
Ernst Schmiedel, Fernruf 268.
50 Zentner Roggen- oder Weizenstroh, Weizenstroh, Säeselfstroh, verkauft auf **Saferstroh**
Oberwinkel Nr. 22.
An- und Abfuhr unentgeltlich.
Suche für sofort **älteres kräftiges Mädchen.**
Gasthaus Grünfeld.

Eine hochtragende **Oldenburger Kuh** verkauft **Nische, Röhrsdorf.**
Freibaut Dürrenuhlsdorf.
Heute Dienstag, den 4. Mai, Vormittags 8 Uhr **Verkauf von Rindfleisch**, Pfund 45 Pf.
Freibaut.
Heute Montag Nachm. 5 Uhr **Rindfleisch** a Pfd. 55 Pf. bei **Emil Bauch, Kerksh.**

Miet-Kontrakte
— a Stück 15 Bg. —
Buchdruckerei **E. Kästner.**

Für die vielen Ehrungen und Aufmerksamkeiten anlässlich unserer
Silber-Hochzeit
sagen wir Allen unseren **herzlichsten Dank.**
Niederwinkel, am 29. April 1926.
Louis Hell und Frau **Anna** geb. Hammer.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme durch Wort, Schrift und Blumenschmuck, sowie ehrendes Geleit zur letzten Ruhestätte meines so früh verstorbenen Sohnes
Henry Willy Bahner
spreche ich hierdurch meinen **innigsten Dank** aus.
In tiefem Schmerze
Frau **Martha** verw. **Bahner.**
Waldenburg i. Sa., den 3. Mai 1926.
Thomasberg Nr. 4 I.

Kräftige Tomatenpflanzen
großfrüchtige glatte Früchte eigene Züchtung
starke Selleriepflanzen
Majoranpflanzen
Blumenpflanzen
Blühende Geranien in prächtigen Farben
Salatpflanzen „Trotzkopf“
Rotkrautpflanzen
Kohlrabipflanzen
Gurkenkerne
Buschbohnen
Stangenbohnen in bewährten Sorten empfiehlt
Gustav Klipp,
Gartenbaubetrieb.
Stadtgeschäft am Markt.

Gasthaus Erholung.
Heute zum 2. Jahrmarttag von 7 Uhr an **musikalische Unterhaltung.**
Ergebnis ladet ein **A. Nau.**
Familiennachrichten aus anderen Blättern.
Geboren: Herrn Dietrich Belleren in Limbach e. S.
Verlobt: Oberschwester **Marta Möbus** mit Baumeister **Oswald Pohle** in Meerane. — **Margarete Lehner** mit **Rudolf Esdr** in Meerane. — **Friedel Härtel** mit **Joannes Hubert** in Meerane. — **Dora Amberla** mit **Ingenieur Georg Bisturel** in Zwickau. — **Elsa Müller** und **Paul Müller** in Rottitz b. Altenburg.
Gestorben: **Friedrich Hermann Escher**, Köln. **Vindthal** (Chemnitz), 80 J. — **Oberingenieur Hermann Kühn** in Chemnitz. — **Marie Kirck** geb. **Frank** in Glauchau, 77 J. — **Alara Clementine Wienhold** geb. **Jamnik** in Glauchau, 71 J. — **Frau Minna Wolf** geb. **Schulze** in Hohenstein-E., 65 J. — **Carl Emil Zeiner** in Crimmitschau, 76 J.
Siezu eine Beilage.

Der umstrittene Ruffenvertrag.

Das Kesseltreiben der französischen Presse gegen den deutsch-russischen Vertrag nimmt seinen Fortgang. Auch die Warschauer Presse, die sich anfänglich zurückgehalten hatte, scheint jetzt einen Wind der polnischen Regierung erhalten zu haben, und so ergeben sich die Blätter in heftigen Angriffen gegen Deutschland und erklären den Vertrag für einen Anschlag gegen Locarno, genau nach dem aus Paris gekommenen Stichwort. Dabei haben die Franzosen und Polen den allerwenigsten Anlaß, sich über den Vertrag aufzuregen. Haben sie selbst doch miteinander einen Vertrag abgeschlossen, der auch in seiner nach Locarno abgeschwächten Form noch viel weiter geht als der Berliner Vertrag.

Daß aber auch heute noch Frankreich das Recht für sich in Anspruch nimmt, trotz Völkerbund und Locarno solche Verträge abzuschließen, ergibt sich aus einem Erguß, den Bertinax im „Echo de Paris“ veröffentlicht. Darin weist er darauf hin, daß Briand schon vor einiger Zeit mit Belgrad und Bukarest Verträge hätte abschließen können, er habe aber die Entscheidung vertagt, weil er die deutsch-russische Annäherung nicht habe beschleunigen wollen. Briand müsse jetzt das Versäumte nachholen, denn es bestehe gerade jetzt die Möglichkeit, mit Bukarest nützliche Verhandlungen zu beginnen. Der Artikelschreiber scheint sich gar nicht darüber klar zu sein, wie sehr er der Logik ins Gesicht schlägt, wenn er Briand einen Vorwurf daraus macht, daß er nicht das Gleiche getan habe, was er, wenn es von Deutschland geschieht, als einen Anschlag gegen Locarno und den Völkerbund zu bezeichnen beliebt. Bemerkenswert ist auch, daß Bertinax in dieser Mitteilung ganz offen erklärt, daß Briand den Abschluß der Verträge nur aus taktischen Gründen vertagt habe. Aufgegeben war damit die Sache noch keineswegs, insbesondere auch nicht für den Fall, daß der deutsch-russische Vertrag nicht zustande gekommen wäre. Man darf im Gegenteil annehmen, daß beim Scheitern der deutsch-russischen Verhandlungen Briand seine Absicht beschleunigt ausgeführt haben würde, da dann die taktischen Rücksichten weggefallen wären.

Ganz besonders ärgerlich scheint man in Paris über die Haltung der amtliche Kreise Englands zu sein. Man hätte es offenbar gern gesehen, wenn ein gemeinsamer Schritt in Berlin unternommen worden wäre. Dazu zeigt aber Chamberlain keine Neigung. Wie seine Erklärung im Unterhaus beweist, will er sich zunächst abwartend verhalten; oder, wie Bertinax sagt: er schließt absichtlich die Augen gegenüber dem ersten Ereignis. Ja, das englische Auswärtige Amt erklärt heute noch deutlicher als früher, daß Deutschland im September in den Völkerbund aufgenommen werden müsse!

Aus diesem Bekenntnis einer schönen Seele darf man wohl den Schluß ziehen, daß man in Paris die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nicht wünscht. Man hatte diesen Eindruck ja schon während der Genfer Verhandlungen über die Frage der Ratifizierung. Es ist hiernach nur nicht klar, weshalb in Locarno gerade auch Briand mit besonderem Nachdruck darauf bestanden hat, daß Deutschland in den Völkerbund eintritt. Seine Ansichten in diesem Punkt scheinen sich erheblich geändert zu haben.

Zwischen haben auch die englischen juristischen Sachverständigen Zeit gefunden, den Text des Berliner Vertrages genau zu prüfen. Sie erklären, daß sich gegen den Text an sich nichts einwenden lasse. Der Text sei allerdings eine andere Sache, aber der geht einem Juristen nichts an. Nur einen stilistischen Schönheitsfehler haben die Sachverständigen in dem Vertrag entdeckt. Sie bemängeln nämlich, daß der Locarnovertrag erkläre, nichts in dem vorliegenden Vertrag soll einen Gegensatz zur Befestigung des Völkerbundes bedeuten, während der deutsch-russische Vertrag den Wortlaut genau entgegengesetzt anwendet, indem er sagt, daß nichts in der Völkerbundsverfassung sich nicht mit dem deutsch-russischen Vertrage deckt.

Man wird in Paris mit diesem Gutachten auch nicht gerade zufrieden sein. Es bietet kaum eine Handhabe, um in Berlin vorstellig zu werden, und so wird es zu einem gemeinsamen Schritt nicht kommen. Möglicherweise allerdings, daß einzelne Völkerbundsmächte vor der Registrierung des Vertrages noch von der Reichsregierung Aufklärung verlangen werden.

Die Stützung des Roggenpreises.

Eine Rede des Reichsernährungsministers.

Im Bochumer Parkhaus fand eine große Kundgebung des Westfälischen Bauernvereins, Bezirksverband Industriegebiet, statt, an der auch der Reichsernährungsminister Dr. Haslender teilnahm. In einer Rede über die Aufgaben der Landwirtschaft verwies der Minister auf die eingeleiteten und noch geplanten Maßnahmen der Kreditregulierung zur Stützung des Roggenpreises und zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung und des Absatzes für heimische Produkte. Bei der Durchführung dieser Maßnahmen soll vor allem auch auf die mittleren und kleineren Betriebe Rücksicht genommen werden. Der Minister empfahl der Landwirtschaft, im Westen vor allem die Viehzucht auszubauen und zu verbessern und die Bevölkerung mit edlen Produkten in guter Qualität zu versorgen, um der Konkurrenz des Auslandes entgegenzutreten.

Neben einem ausreichenden Zollschutz sei die beste Gewähr gegen die starke ausländische Konkurrenz eine möglichst weitgehende Anpassung im Anbau und in der Verarbeitung.

Der Minister unterstrich dann die Schicksalsverbundenheit der verschiedenen Zweige unserer Volkswirtschaft und begrüßte die Verknüpfung zu einer engeren Fühlungnahme zwischen Industrie und Landwirtschaft, die auch der Arbeiterschaft zum Segen gereichen möge.

Eine großzügige planmäßige Siedlung sei unbedingt erforderlich, um den Ueberfluß aus dem Westen nach dem volksarmen Osten zu bringen.

Vorher hatte sich Freiherr von Kerckerink scharf gegen das Volksbegehren zur Enteignung der Fürsten gewandt, das der erste Angriff gegen das Eigentum überhaupt sei.

Fürstenfrage und Regierung.

Eine Regierungsvorlage angekündigt.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat das Reichskabinett einstimmig beschlossen, einen Gesetzentwurf über die „vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstenhäusern“ auf dem normalen Wege der Gesetzgebung, d. h. über den Reichsrat, einzubringen. Als Grundlage sollen die Kompromißentwürfe der Regierungsparteien dienen.

Voraussichtlich wird sich der Reichsrat am Dienstag mit dieser Vorlage beschäftigen. Im Kabinett ist man der Ansicht, daß der Reichsrat das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit ohne lange Debatte annehmen wird.

Man glaubt, daß in spätestens einer Woche die Vorlage an den Reichstag gehen kann. Da die Regierung auch diesen ihren eigenen Entwurf als verfassungsändernd betrachtet, wird sie im Reichstag dafür gleichfalls eine qualifizierte Mehrheit verlangen.

Die Verhandlung über den Volksentscheid und die dazu gestellten Anträge wird unabhängig von der Regierungsvorlage weitergeführt werden. Der Rechtsausschuß wird sich am Dienstag hiermit beschäftigen. Wegen der politischen Bedeutung dieser Frage hat das Zentrum beschlossen, zu dieser Verhandlung ein Mitglied des Fraktionsvorstandes, nämlich den Abg. von Guérard, zu den Verhandlungen zu entsenden.

Deutsch-dänisches Zollabkommen.

Zollerleichterungen für dänische Pferde. — Einreiseerleichterung für deutsche Handlungskreisler.

Der Reichsrat hat einen Gesetzentwurf angenommen, der ein Abkommen mit Dänemark über Zollerleichterungen für dänische Erzeugnisse und über Behandlung deutscher Handlungskreisler in Dänemark zum Gegenstand hat. Es sollen durch dieses Abkommen gewisse Wirkungen beseitigt werden, die das neue Zolltarifgesetz vom August 1925 und einige der inzwischen in Kraft getretenen Handelsverträge auf gewisse dänische Erzeugnisse gehabt haben. U. a. enthält das Abkommen folgende Bestimmungen:

Zollermäßigungen, die Deutschland für Pferde schläge von reinem Kaltblut gewährt werden unter entsprechenden Voraussetzungen auch auf die Pferde des skandinavischen sowie des in Dänemark gezogenen sogenannten belgischen Schlages (reines Kaltblut) und der Kreuzung dieser Schläge untereinander angewendet. Der Zollsatz für diese Pferde soll im Normalfalle 200 Reichsmark das Stück für Pferde im Werte bis zu 1000 RM, das Stück und 250 RM, das Stück für Pferde im Werte von mehr als 1000, aber nicht mehr als 2500 RM, das Stück betragen. Zollermäßigungen, die Deutschland für Warmblutpferde gewährt, werden unter entsprechenden Voraussetzungen auch auf solche dänischen Ursprungs angewendet.

Dänemark wird seinerseits die Vorschriften über Einreise, Meldepflicht und Kontrolle deutscher Handlungskreisler wesentlich erleichtern, insbesondere durch Befreiung von der persönlichen Meldung und Beschränkung der Meldepflicht auf eine einzige Kontrollstelle an jedem Ort.

Die Meldung genügt, wenn sie 24 Stunden nach Ankunft erfolgt. Betätigung in den Anschlussdistrikten von Kopenhagen und den übrigen sog. „Kobstaedern“ ist gestattet. Mit Wirkung vom 15. April ab kosten die Zutrittscheine mit einer Gültigkeitsdauer von 45 Tagen 100 Kronen, solche für ein Jahr 300 Kronen. Die Gebühren für Ergänzungscheine werden ebenfalls ermäßigt.

Staatshilfe.

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

Vielleicht werden unsere Enkel die Jahre nach dem großen Weltkriege als diejenige Zeit bezeichnen, in der fast jeder Berufsstand und jeder einzelne für sich „Staatshilfe“ forderte und sich bitter beklagte, wenn sie ihm nicht in dem geforderten Ausmaße zuteil wurde. Zu diesen gehörten z. B. die geschädigten Deutschen in den vom Kriege betroffenen und z. T. endgültig verlorengegangenen Gebietssteilen, ferner die Auslands- und die Kolonialdeutschen. Zu denen, die sich dann Hilfe heischend an den Staat wandten, kamen später die durch die Inflation Geschädigten und viele andere, denen die rentable Ausnutzung ihrer Produktionsanlagen durch die Folgen des Krieges und mehr noch des Friedensvertrages unmöglich gemacht worden war, hinzu.

Es soll nun nicht bestritten werden, daß in vielen Fällen ohne eine wenigstens vorübergehende Staatshilfe, die sich der flotten, Werte schaffenden Produktion entgegenstellenden Schwierigkeiten nicht schnell und vielleicht sogar gar nicht überwunden werden könnten. Es ist aber manchen, die nach Staatshilfe rufen, das Verständnis dafür verloren gegangen, daß die Selbsthilfe die beste Art ist, Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Argwöhnisch blickt einer auf den anderen, ob ihm selbst auch nicht der Bruchteil eines Prozentes weniger Hilfe zuteil werde als anderen. Man darf annehmen, daß die Reichsregierung sich der sehr engen Grenzen bewußt ist, die in dem verarmten Deutsch-

land der öffentlichen Finanzhilfe gezogen sind. Trotzdem hat die Reichsregierung noch in jüngster Zeit in drei Fällen für wirtschaftliche Zwecke materielle Hilfe gewährt. Der erste Fall war die Gewährung eines billigen Kredites für Kleinwohnungsbau (200 Millionen Mark). Der Zweck dieser Kreditgewährung ist der, den seit Jahren darniederliegenden Wohnungsbau zu beleben und der in sozialer, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung so schädlichen Wohnungsnot abzuhelfen. Der zweite Fall ist die Ausfallbürgschaft, die Reich und Länder in Höhe von 180 Millionen Mark für Lieferungen nach Rußland übernommen haben. Der dritte Fall endlich ist die Bereitstellung eines Fonds von 10 Millionen Mark für Ausfuhrkreditversicherung. Die beiden letzten Fälle dienen der Wiederoberholung ausländischer Absatzmärkte. Allen drei Arten der Staatshilfe ist das gemeinsam, daß sie die Ueberleitung zu dem bilden sollen, was allein dauernden Nutzen zu bieten vermag, zur Selbsthilfe!

Das Saargebiet.

Die Auswirkungen des Versailler Vertrages (der deutsche Verzicht; die Vorrechte des französischen Staates).

Wenn man sich mit den Problemen, die die Behandlung des Saargebietes im Friedensvertrag aufgeworfen hat, so beschäftigen will, daß man die Zusammenhänge und vor allem die Folgeerscheinungen richtig zu erfassen und zu beurteilen vermag, ist es unbedingt notwendig, zunächst eingehend die Grundlagen des heutigen Rechts im Saargebiet zu prüfen. Daß es für jeden vaterländischen Deutschen eine selbstverständliche Pflicht ist, sich gerade diesem gefährdeten Gebiet und Volksteil mit erhöhter Aufmerksamkeit zuzuwenden, bedarf keines weiteren Hinweises; denn hier handelt es sich um Sein oder Nichtsein wertvollen deutschen Landes. Es kann im Rahmen dieser Zeilen naturgemäß nur ein kurzer Ueberblick gegeben werden; wer sich tiefer mit den Dingen befassen will, lese das beachtenswerte Büchlein „Grundlagen des Rechts im Saargebiet“ von Oberlandesgerichtsrat Otto Andres (Ferd. Dummlers Verlag, Berlin).

Die Auswirkungen des Versailler Vertrages betreffen vor allem zwei große Fragenkomplexe: 1. den deutschen Verzicht auf die Regierung im Saargebiet; 2. die Vorrechte des französischen Staates. Der Verzicht ist zeitlich nicht ausdrücklich begrenzt; jedoch geht aus dem Inhalt der Bestimmungen hervor, daß der Völkerbund nach 15 Jahren nach dem Friedensschluß für das Saargebiet oder Teile des Saargebietes die Aufrechterhaltung des bisherigen Regierungssystems oder die Vereinigung mit Deutschland oder mit Frankreich nach vorausgegangenem Volksabstimmung beschließen soll und daß mit dieser Entscheidung des Völkerbundes der Verzicht zunächst sein Ende erreicht hat. Deutschland hat mithin zugunsten des Völkerbundes, der die Stellung eines Treuhänders einnimmt, auf die Regierung im Saargebiet verzichtet. Nach den Bestimmungen des Vertrages ist die Regierung des Saargebietes einer Kommission anvertraut; diese Regierungskommission soll sich stets aus fünf Mitgliedern zusammensetzen, von denen einer ein Franzose, einer ein Nichtfranzose, der aus dem Saargebiet stammt und dort wohnt, und drei Staatsangehörige dreier anderer Länder als Frankreich und Deutschland sein sollen; die Mitglieder werden vom Völkerbundsrat ernannt. Die Regierungskommission besitzt alle Regierungsbefugnisse, die früher dem Deutschen Reich, Preußen und Bayern zustanden.

Was die Vorrechte des französischen Staates betrifft, so hat dieser das Bergwerkseigentum an allen Kohlenfeldern, die sich in den Grenzen des Saargebietes befinden, erworben; er hat die ausschließliche Befugnis zur Aneignung der in diesem Gebiete auf ihren natürlichen Lagerstätten und auf den Halben befindlichen Kohlen. Das Bergwerkseigentum erstreckt sich auf alle im Saargebiet vorhandenen Kohlenfelder ohne Unterschied, ob das Bergwerkseigentum bereits verliehen oder noch nicht verliehen war. Der französische Staat, der völlig Herr der Kohlenfelder ist, kann nach freiem Belieben die Felder ausbeuten. Das Ausbeutungsrecht kann von ihm auch an Dritte abgetreten werden, ohne daß es dazu einer besonderen Ermächtigung bedarf. Die weiteren dem französischen Staat eingeräumten Rechte betreffen die Freiheit, die Erzeugnisse der Gruben und ihrer Nebenanlagen zu verteilen und zu versenden, sowie die Verkaufspreise nach Belieben festzusetzen, ferner die Befreiung von jeglicher Steuerlast mit Ausnahme von kleineren Beiträgen zum Etat des Saargebietes und seiner Gemeinden, schließlich den Anspruch gegen Deutschland auf Rückkauf der Gruben, die Sicherstellung der Beförderung vor allem durch Entwicklung der Verkehrsmittel.

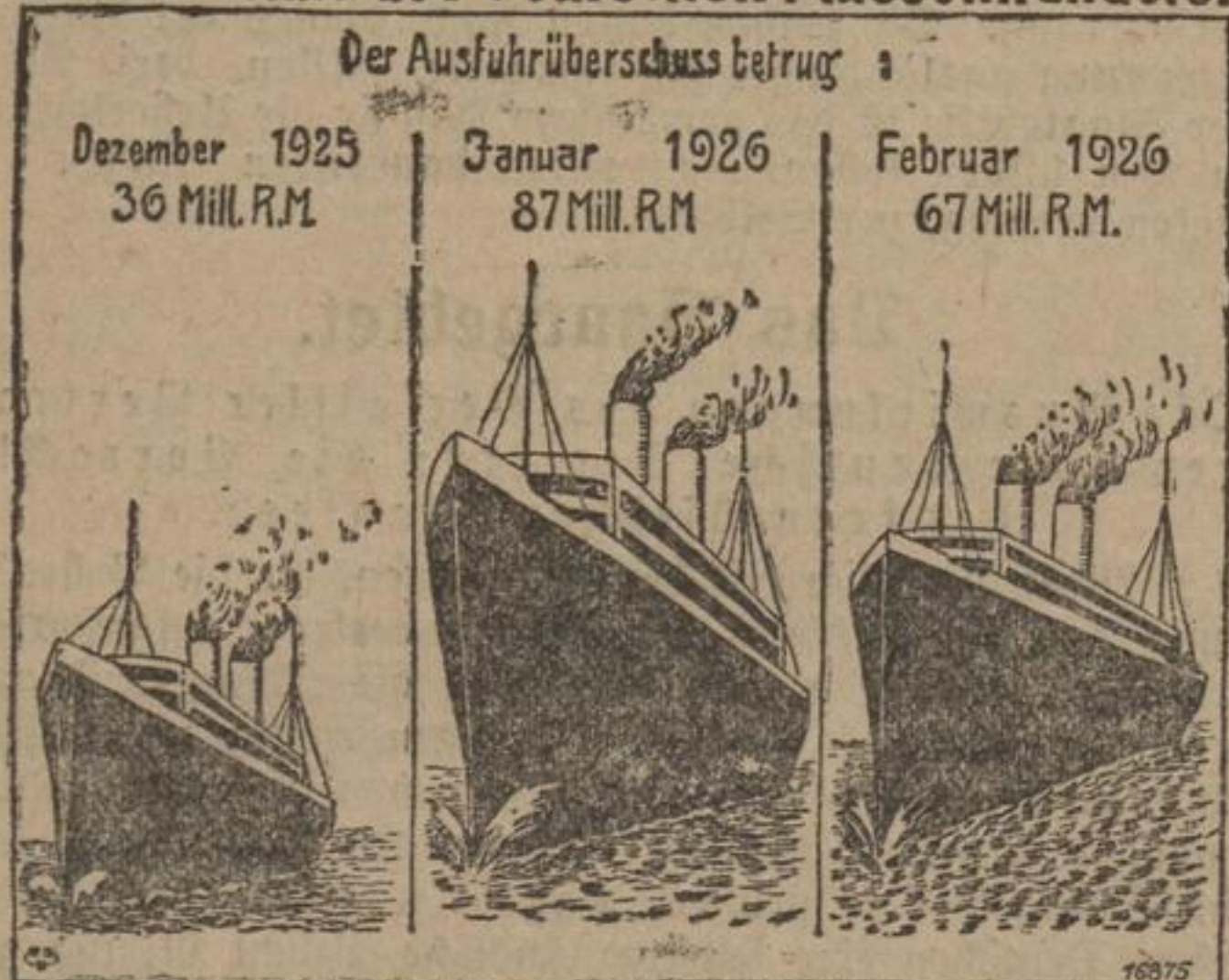
Die Lage im Saargebiet ist ernst; die Bestimmungen des Friedensvertrages haben Frankreich Mittel in die Hand gegeben, seine machtpolitischen Ziele brutal und rücksichtslos zu verfolgen. Die Sorgen der saarländischen Wirtschaft sind überaus schwerwiegend, ebenso groß ist die Sorge des deutschen Mutterlandes um die endgültige Regelung der Rechtslage.

Deutschlands Außenhandel während der Wirtschaftskrise.

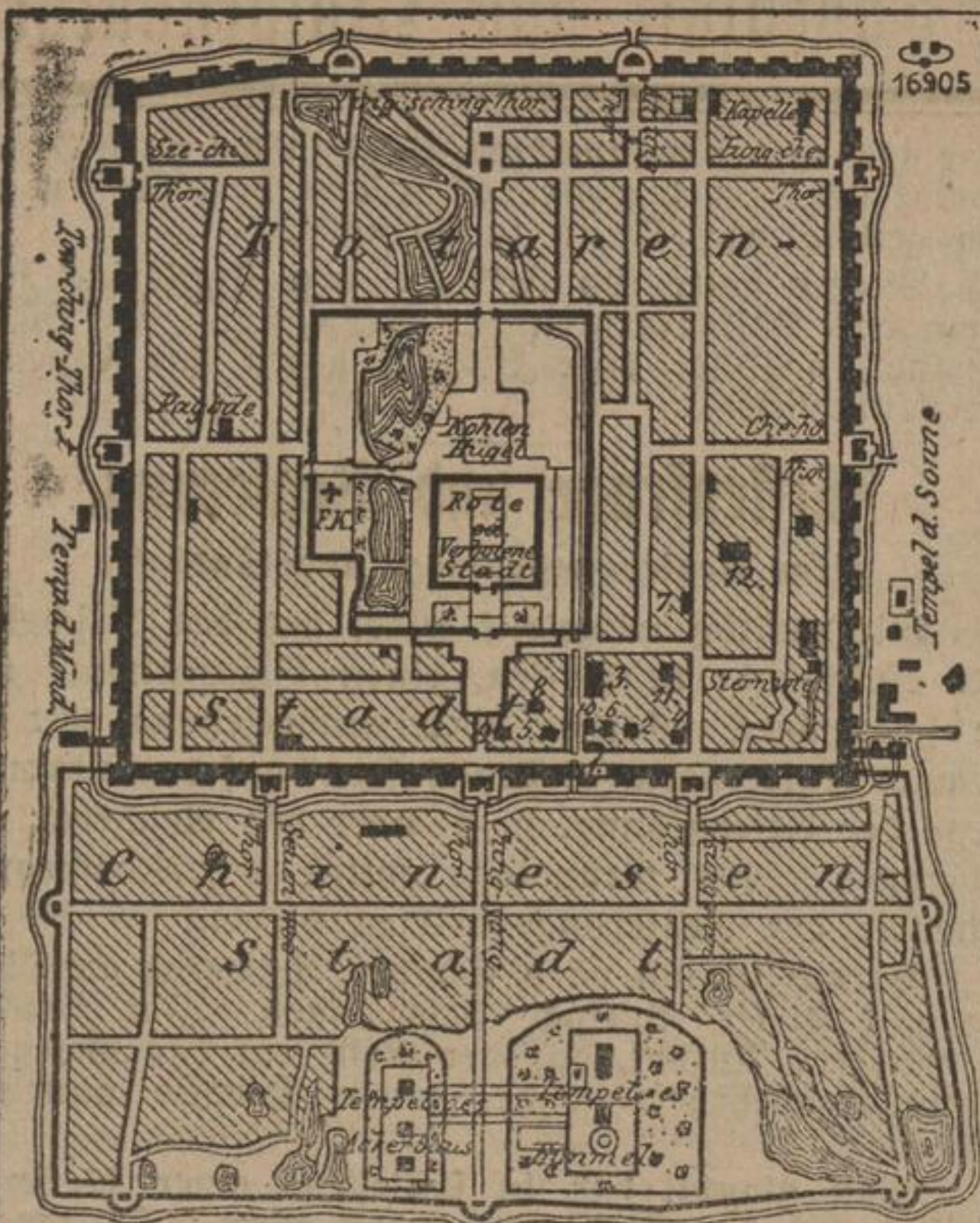
Das Jahr 1925, das seit 1922 zum erstenmal wieder eine lückenlose Erfassung des deutschen Außenhandels ermöglichte und auch das erste Nachkriegsjahr ist, in dem sich Deutschland nach Fortfall der einseitigen Weisbegünstigung (10. 1. 1925) wieder freier im Außenhandel betätigen konnte, schloß mit einem Einfuhrüberschuß in Höhe von insgesamt 4,3 bzw. 3,6 Milliarden Mark im reinen Waren-

verkehrt. Diese Ziffer für Wareneinfuhr im Jahre 1925 übersteigt um 12,4 Milliarden Mark auf Grund der Gegenwärtswerte nominell den Einfuhrstand von 1913 (10,8 Milliarden Mark). Vergleicht man die Einfuhrmengen 1925 mit den Durchschnittspreisen von 1913 (gewogener Mengenvergleich) so ergibt sich, daß die Einfuhr 1925 nur 84 Prozent der Einfuhr von 1913 ausmacht. Gegen Ende des vorigen Jahres machte sich bereits deutlich die Tendenz eines Rückgangs des Einfuhrüberschusses erkennbar, und diese hielt auch im Dezember an, so daß die Handelsbilanz im letzten Rechnungsmonat des vergangenen Jahres zum erstenmal seit dem August 1924 mit einem Ausfuhrüberschuss von insgesamt 34 Millionen Mark im reinen Warenverkehr von 36 Millionen Mark aktiv war.

Die Zunahme des deutschen Aussenhandels.



Auch im Januar hielt sich die Bilanz des deutschen Außenhandels aktiv. So betrug der Ausfuhrüberschuss in diesem Monat insgesamt 68 Millionen Mark, im reinen Warenverkehr 87 Millionen Mark, was ein weiteres Absinken der Einfuhr um 50 Millionen Mark auf 707 Millionen Mark zeigte. Damit liegt die Einfuhr im Januar nicht nur beträchtlich unter der Einfuhr jedes einzelnen Monats des Vorjahres, sondern sie erreichte selbst auch nicht den Monatsdurchschnitt von 1924 (757 Millionen Rentenmark). Beachtenswert ist, daß an einer Verminderung gegenüber dem Vormonat die Lebensmitteleinfuhr mit 19 die Rohstoffeinfuhr mit 27 und die Fertigwareneinfuhr mit 3 Millionen Mark beteiligt waren. Bei der Ausfuhr sind im Januar nur unwesentliche Veränderungen festzustellen. Wenn wir diese Zahlen kritisch betrachten, so ergeben sie zwar äußerlich genommen ein gewisses Plus an Ausfuhr, das nur zu begrüßen ist, da wir bei einer dauernd passiven Handelsbilanz immer mehr in Verschuldung geraten müßten, andererseits dürfen wir nicht verkennen, daß die Ausfuhr leider nur in sehr geringem Maße gestiegen ist, was wiederum die schwere Stagnation unserer Produktion zeigt und in der sich leider noch immer die sich steigende Arbeitslosigkeit nur zu deutlich widerspiegelt. So begrüßenswert es an sich ist, daß die Einfuhr im Interesse unserer Geldwirtschaft gegenüber der Ausfuhr sinkt, so dürfen wir doch nicht verkennen, daß dieser Druck auf die Einfuhrziffer durch die immer schwierigeren wirtschaftlichen Lage aller Kreise unseres deutschen Volkes bedingt wird, da wir einfach nicht die Möglichkeit haben, neue Rohstoffe zu kaufen und somit auch nicht in der Lage sind, diese zu bearbeiten und neue Werte für die Ausfuhr zu schaffen. So werden wir voraussichtlich auch weiterhin wenig günstige Ausfuhrziffern erzielen und durch weitere Verkleinerung der Einfuhrmengen war zeigen, daß wir unter dem Druck der Verhältnisse unsere Bedürfnisse noch mehr einzuschränken müssen, andererseits aber auch an



Gesamtschiffen. 1. Deutsche, 2. Französische, 3. Englische, 4. Italienische, 5. Vereinigte Staaten, 6. Japanische. Stadtplan von PEKING. Gesamtschiffen. 7. Belgische, 8. Russische, 9. Niederländische, 10. Spanische, 11. Österreichische, 12. Ungarische, 13. Amerikanische.

Zum Blutbad in Peking.

einem Tag in der Produktion immer unheimlicher bemerkbar machenden Mangel an Rohstoffen leiden, was unsere Wirtschaft für die Folgezeit immer schwieriger gestalten wird.

Qualitätsware und Pünktlichkeit im Exportgeschäft.

Unter den vielen Ursachen für den herrschenden Exportmangel ist auch eine, an die man nicht gern denken will, deren Befestigung aber nur durch uns selbst möglich ist. In Vorkriegszeiten kaufte das Ausland gern von Deutschland; es wußte, daß es pünktlich mit guter Qualitätsware beliefert wurde.

Das ist leider in manchen Ausnahmefällen anders geworden. Klagen aus Uebersee über „nachlässige Lieferungen aus Deutschland“ treten auf und werden von unserer englischen Konkurrenz aufgebauscht, aber man beginnt, in Uebersee „an der Qualität deutscher Ware zu zweifeln; Erzeugnisse, die vor dem Krieg einen guten Ruf hatten, haben darunter stark zu leiden.

Nur mit bester Ware und mit pünktlicher Lieferung — auf Pünktlichkeit legt namentlich der Engländer großen Wert — kann man ein dauerndes Exportgeschäft betreiben. Wir müssen uns wieder Pünktlichkeit und gute Arbeit angewöhnen, das ist ein Gebot der Stunde. Hierzu gehört aber das Verständnis aller Kreise.

Wie sehr es daran noch fehlt, zeigt folgendes Beispiel: In Westfalen hatte eine Firma bis Ende Dezember eine Maschine abzuliefern, da sonst der Käufer das Recht hatte, die Annahme zu verweigern. Um die Weihnachtszeit trat der Fabrikant mit dem Vorsitzenden des Betriebs-

rates in Verbindung, um zu erreichen, daß die Belegschaft einige Stunden länger arbeite, da sonst die Ablieferung der Maschine in Frage gestellt war. Obwohl der Betriebsrat die Grund für die vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit bekannt war, lehnte sie diese ab. Die Folge war, daß die Maschine nicht rechtzeitig abgeliefert werden konnte.

Eine noch deutlichere Sprache redet folgendes Beispiel:

Eine große westfälische Firma hatte die Möglichkeit, zu einem sehr gedrückten Preise einen Auslandsauftrag hereinzubekommen. Nicht nur im Interesse der Weiterbeschäftigung der Belegschaft — der Weiterbetrieb des Werkes stand in Frage — sondern auch im Interesse der deutschen Volkswirtschaft wollte die Firma diesen Auftragsauftrag zum Selbstkostenpreis übernehmen. Die Uebernahme war jedoch nur möglich, wenn die Belegschaft mit einem etwas geringeren Lohnsatz als dem tarifmäßigen für eine kurze Zeit einverstanden gewesen wäre. Obwohl diese damit einverstanden war, lehnte der bei den Verhandlungen anwesende Gewerkschaftsführer in Gegenwart eines Regierungsvertreters den Vorschlag der Firma ab und bedauerte, „feststellen zu müssen, daß es solche traurige Gesellen gäbe, die auf diese Weise der Gewerkschaft und der übrigen Arbeiterschaft durch Annahme solcher Vorschläge in den Rücken fielen“. Die Folge dieser Kurzsichtigkeit war, daß sowohl der Auslandsauftrag verloren ging als auch das Werk stillgelegt werden mußte.

Mit dieser Einstellung wird es niemals gelingen, daß das Ausland wieder Vertrauen zu deutschen Fabrikaten gewinnt. Der Ruf des deutschen Arbeiters aus der Vorkriegszeit, pünktlicher Qualitätsarbeiter zu sein, teilweise verloren gegangen. Daß wir ihn wiedererlangen ist eine unbedingte Voraussetzung für die Hebung des Exportes. Die Möglichkeit, ihn wiederzuerlangen, liegt einzig und allein bei uns selbst. Die Marke „Made in Germany“ muß wieder ein Ehrentitel werden. Zeigen wir den Willen zur Erkenntnis, dann wird die Tat folgen!

Allerlei aus aller Welt.

*** Höchste Vergeßlichkeit.** Vor einigen Tagen kam ein Herr aus Hannover nach Berlin. Er begab sich alsbald in eine Gastwirtschaft und aß und trank dort so lange, bis er merkte, daß sein Geld zur Bezahlung der Zeche nicht ausreichte. Er hinterlegte darauf seinen Mantel, seine Uhr und seine Aktentasche. Soweit betraf die Sache nichts Neues. Das Außergewöhnliche an diesem Falle aber ist, daß der Herr die Gastwirtschaft vollständig vergessen hat und nur annimmt, sie müßte ungefähr in der Gegend des Anhalter oder Potsdamer Bahnhofs gelegen sein.

*** Ein D-Zug-Dieb festgenommen.** Auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin ist ein gewerkschaftlicher Gepäckmarder erwischt und verhaftet worden. Als ein Reisender für einen Augenblick sein Abteil in einem zum Abfahrt bereitstehenden Zuge verließ, stieg ein anderer Mann rasch ein, bemächtigte sich seines Gepäcks und eilte damit der Sperre zu. Bevor er sie jedoch erreicht hatte, sah der Bestohlene seinen Koffer in der Hand des Diebes und schlug Alarm. Eisenbahnbeamte stellten den Mann und nahmen ihn fest. Die Kriminalpolizei erlangte in ihm einen 39 Jahre alten Otto Lippert, dem bereits vier D-Zug-Diebstähle nachgewiesen werden konnten.

*** Eine bestialische Missetat** ist in Breslau verübt worden. Ein Kriegsverletzter und Flüchtling aus Kattowitz, der mit seiner Tochter anscheinend in der

„Rottrauts Gelöbniß“.

Original-Roman von Lola Stein.
Copyright 1922 by Karl Köhler & Co., Berlin W. 15.
50) (Nachdruck verboten.)

„Denn wenn die Mutter lesen durfte, was Claus seiner Braut einst geschrieben, so konnte auch Jutta dies wissen. Bie leicht aber... Nun, sie wollte wissen, wissen um jeden Preis.“

Und sie bezwang ein leichtes Zittern und Schwanken, das durch ihr Herz ging, eine leise mahnende Stimme, den Brief uneröffnet wieder an seinen Platz zu legen, die Mutter später einmal danach zu fragen. Sie riß schnell entschlossen den Bogen aus seiner Hülle, sah, daß er nicht beschrieben war von Claus' charakteristischer enger Schrift, warf einen Blick auf das Datum oben am Rande, stutzte, als es den Tag im Oktober zeigte, den der letzten Operation, der dem Sterbetag vorangegangen war. Und las mit fliegendem Atem, in immer größer werdender Erregung:

„Rottraut! Nachdem Du von mir gegangen bist, fühle ich es als Notwendigkeit, Dir sogleich zu schreiben, denn wer kann wissen, was morgen sein wird und wieviel Zeit mir das Schicksal noch läßt? Und da ich nicht weiß, ob ich noch die Möglichkeit finde, zu Dir zu sprechen, so will ich Dir hiermit sagen, daß Dein heutiges Erlebnis mit mir und der Schwur, den du mir gegeben, nichts weiter für Dich sein soll, als ein wirrer und unverständlicher Traum. Ich gebe Dir Dein Gelöbniß zurück, meine Rottraut, und Du sollst so empfinden, als sei es nie gesprochen.“

„Ich sehe in Gedanken Deine Märchenaugen in Nichtbegreiflichkeit auf mich gerichtet und ich weiß nicht, wie ich Dir verständlich machen soll, was vorgegangen ist in meiner Seele, ehe Du heute zu mir kamst, Du geliebtes Kind. Qual über mein zerbrochenes Leben, Sehnsucht nach Deinem Besitz und allen Freuden des Daseins und vor allem der Wunsch, Dich ganz und bis in die letzten Tiefen zu durchschauen, zu wissen, wie stark Deine Liebe zu mir ist, welchen Opfern Du für sie und für mich fähig wärest, hatten mich in einen Zustand hochgradiger Erregung gebracht. Du kamst — ich fühlte, daß ich Dich lassen mußte, Dich und die Welt — da wünschte ich, als letztes süßes und köstliches Glück der Erde das Wissen um Deine Liebe mit mir zu nehmen, zu erfahren, ob sie groß genug für das höchste Opfer ist? Es war eine Prüfung Deiner Seele, Deines Empfindens für mich, meine Rottraut, als ich Dich bat, mir zu gehören, wie einem anderen Manne anzugehören, wenn ich vor

Dir gehen muß. Kannst Du mir verzeihen? Ja, Du wirst es können, selbst wenn Du mich nicht begreifst. Denn auch heute hast Du mein Verlangen nicht begriffen — ich sah es Deinen Augen an — und hast doch nicht geögert, mir meinen letzten Wunsch zu erfüllen, mir den Schwur zu leisten. Du sollst gegnet sein dafür!“

Nun aber lege ich den Eid in deine lieben opferbereiten Hände zurück. Ganz frei, ganz unbeschwert sollst Du in ein neues Dasein hinaustreten, nachdem ich von Dir gegangen sein werde. Daß ich dann nicht mehr über Dir wachen, für Dich sorgen kann, Du geliebte Seele, das quält mich sehr.

Was ich heute von Dir verlange, ist gegen die Natur und ihre Gesetze. Du aber sollst leben, wie es Deinem innersten Wesen, Deinem Empfinden entspricht. Ich weiß, daß Du mich nicht schnell vergessen wirst — findest Du aber dereinst einen Deiner würdigen Mann, so werde glücklich mit ihm.

Habe Dank für alles! Claus.“

Ein röchelndes Stöhnen entrang sich Juttas blutlosen Lippen, nachdem sie zu Ende gelesen. Der Brief entfiel ihrer kraftlosen Hand, blieb vor ihr liegen. Und sie konnte ihre Augen nicht losreißen von diesen schicksalsschweren Zeilen.

Was hatte sie hier gefunden! Was hatte sie entdeckt! Ein Verbrechen, ein unerhörtes Frevel war geschehen an einem ahnungslosen Mädchen! Nur durch ein Verbrechen war der für Rottraut bestimmte Brief in die Lade dieses Schreibtisches gekommen. Und die es begangen hatte, war Juttas Mutter.

Wieder brach ein wimmernder Laut aus ihrer Brust. O Gott, es war nicht zu fassen, nicht zu begreifen, das Ganze! Es war ein ungeheurer Betrug!

Sie raffte den Brief wieder an sich, den Umschlag, eilte wie gehebt die Treppe empor, in der Mutter Zimmer hinein, die ihr den schmerzenden Kopf zuwandte und müde fragte:

„Was hast du denn nur so lange getrieben, Jutta? Wo ist das Pulver?“

Da war sie an ihrem Lager. Und trotz des Dämmerlichtes im Gemach sah Frau Gertrud sogleich die erschreckende Veränderung, die mit ihrer Tochter geschehen war. Weiß wie das Antlitz einer Toten leuchtete Juttas verzerrtes Gesicht ihr entgegen, aus den Lippen war jede Farbe entwichen, sie öffneten und schlossen sich in großer Qual, der Mund suchte vergebens Worte zu formen, es gelang ihr nicht in ihrer maßlosen Erregung. Und so deutete sie denn nur auf den Brief in ihrer Hand und stammelte:

„Da... dies... sieh her... dies habe ich gefunden.“

Frau Gertrud erkannte Claus Laubingers Schrift, sie las Rottrauts Namen. Hellwach war sie plötzlich, die Migräne war vergessen, sie sprang empor von ihrem Lager und stützte die wankende, taumelnde Tochter mit beiden Armen. In ihrer Wut bigelte, ihren Schmerzen hatte sie den verkehrten Schlüssel ergriffen. Jutta hatte die andere Schublade geöffnet, an die Gertrud sonst nie einen Menschen ließ, und beim Suchen nach dem Pulvern war ihr dieser Brief in die Hände gefallen, dieser glücksbrief. Und das heute, das jetzt!

„Jutta, um Gottes willen, beruhige dich!“

„Ich mich beruhigen?“ schrie das Mädchen. „Nachdem ich dies, dies hier gefunden? Nachdem ich weiß, welches Verbrechen begangen worden ist in unserem Hause?“

„Mäßige dich! Um Gottes willen! Sollen uns die Dientboten hören? Willst du das Geheimnis hinausjagen in alle Welt, nachdem du durch einen unglücklichen Zufall Kunde davon erlannt hast?“

„Ja, das will ich!“ rief Jutta flammend. „Keine Stunde länger werde ich bulden, daß dieser Brief ihr vorenthalten wird, für die er bestimmt war.“

„Sei ruhig,“ sagte Frau Gertrud in heftigem, befehlendem Ton, „sie wird ihn erhalten, aber nicht heute.“

„Wann?“

„Wenn es an der Zeit ist!“

„Mutter, Mutter!“ schrie Jutta klagend auf. „Ich erkenne dich nicht wieder! Du, meine geliebte, geliebte Mutter, du konntest, konntest — dieses — dieses Verbrechen begehen! Ich fahre es nicht!“

„Schweige,“ flüsterte die Frau wieder. Sie war nun auch totendleich wie die Tochter. Mit flammenden Augen, in höchster maßloser Erregung standen die beiden Frauen sich gegenüber.

„Du, du willst Verbrechen nennen, was das höchste, die reinsten Liebe für dich begangen wurde, Andankbare?“ rief die Mutter. „Du stehst hier vor mir wie eine Anklägerin, nachdem ich alles, alles tat, vor nichts zurückschreckte, um dich glücklich zu machen? Für dich, nur für dich und dein Glück nahm ich jenen Brief einst an mich, das weißt du, Jutta, und demnach trittst du so vor mich hin?“

„Das wußte ich nicht!“ Ihr entfiel der Bogen, sie brach auf einem Stuhl zusammen. „Das wußte ich nicht!“ flüsterte sie noch einmal mit tonloser Stimme. „Und ich begreife das Zusammenhänge nicht!“

„So will ich ihn dir erklären!“

Fortsetzung folgt.

Waidenen Verhältnissen lebte, wohnte als Untermieter in der Kaiser-Wilhelm-Straße in Breslau. Vor einigen Tagen erschienen nun dort an der Tür zwei junge Leute, denen die Tochter öffnete. Bald darauf wurden Hilferufe vernommen. Die Verbrecher hatten dem jungen Mädchen die Kehle durchgeschnitten und den Mann erstochen und alsdann das Zimmer in Brand gesetzt. Als Täter wurden zwei Brüder aus Hindenburg festgenommen. Der eine von diesen hatte unlängst sich als Versicherungsverwalter in die Wohnung verschafft und dabei beobachtet, wo der Ermordete sein Geld aufbewahrte.

*** Eine Ueberraschung eigener Art erlebte unlängst ein Besitzer in Derz (Ostpreußen).** Auf seinem Gute brachte eine Kuh ein Kalb zur Welt, das zwei Köpfe, vier Augen und drei Ohren hatte. Der eine Kopf war völlig normal gebaut, während der andere dem eines Schafes ähnelte. Das mittlere Ohr befand sich an der Vereinigungsstelle der Köpfe und hatte zwei Gehörknöchelchen.

*** Ein vierfaches Jubiläum konnte in den letzten Tagen ein Tischlermeister in Lüben in Schlesien feiern.** Am 24. April war er 50 Jahre Meister, 50 Jahre Mitglied der Tischlerinnung, 50 Jahre Mitglied und Mitbegründer des Kriegervereins und 50 Jahre Bürger von Lüben.

*** Ein Glasröhrchen mit Tabletten** fanden an einer Asechladestelle in Lissit zwei kleine Mädchen. Sie hielten die Tabletten für Bonbons und aßen davon. Doch bald darauf stellten sich böse Folgen ein. Die Kinder erkrankten schwer und mußten ins Krankenhaus gebracht werden; beide hatten das Bewußtsein verloren. Glücklicherweise kehrte dies nach geraumer Zeit wieder zurück, und jetzt befinden sie sich außer Lebensgefahr. Die Tabletten enthielten ein starkes Nervenberuhigungsmittel.

*** Beim Rettungswert verbrannt.** Auf dem Gut Stönitz bei Samtens in Pommern war in einer Arbeiterwohnung Feuer ausgebrochen. Bei dem Versuch, seine Habseligkeiten zu retten, ging ein 56-jähriger Arbeiter, nachdem er sein Pflegekind vor dem Flammentode bewahrt, indem er es aus dem brennenden Hause herausgeholt hatte, noch einmal in die Flammen hinein. Dort fand er dann seinen Tod; denn als das Feuer gelöscht war, wurde er, stark verbrannt, unter den Trümmern aufgefunden.

*** 1926 — ein Schlangenzug?** Innerhalb der letzten 14 Tage wurden in Kluis auf Mügen 47 Kreuzottern abgeliefert, die von drei Personen in den Wäldern bei Singterheide und Zughoff erschlagen worden waren. Das Auftreten dieses gefährlichen Reptils ist in diesem Jahre so stark, daß die Tiere sogar nahe an die menschlichen Siedlungen herankommen.

*** Freilegung einer römischen Siedlung in Köln.** Bei den Erdarbeiten im Kölner Stadtpart wurden Reste einer römischen Siedlung freigelegt. Es soll die besterhaltene römische Gutshofanlage sein, die je gefunden wurde. Der Gutshof von etwa 250 Meter Durchmesser, mit Herrenhaus, verschiedenen Badeanlagen, tiefem Keller, Speicher, Stallgebäuden, Vorratsräumen, im ganzen acht Gebäude, wurde etwa 20—25 Zentimeter unter dem Aderboden aufgefunden. Der älteste Teil der Funde geht bis in das erste Jahrhundert nach Christi (etwa um das Jahr 50 herum) zurück. Das freigelegte Bad weist auf eine Zeit hin, die 200 Jahre später liegt. Am besten erhalten sind die Entwässerungsanlagen; auch eine gut erhaltene Herdanlage mit vielen Brandspuren wurde aufgedeckt.

*** Von einem Lastauto erfaßt und getötet.** In Sonderhausen wurden drei Schüler, die auf einem Fahrrad saßen, an einer Straßenecke von einem Lastkraftwagen erfaßt und zu Boden geschleudert. Ein 12-jähriger Schüler war sofort tot, ein zweiter erlitt lebensgefährliche Verletzungen, während der dritte, der rechtzeitig abgeprungen war, unverletzt blieb. — Ein ähnlicher Unglücksfall hat sich auf der Straße von Bengelsdorf nach Wünschendorf (Sachsen) ereignet. Dort kam der Sohn eines Gutsbesizers mit seinem Fahrrad unter ein Auto und wurde dabei schwer verletzt.

*** Das Sauerkrautfaß als Geldschrank.** Leute, die Angst haben, daß ihre Gelder ihnen gestohlen werden könnten, vertrauen ihnen mehr oder minder großen Reichtum oft den selbstgemachten Verstecken an. Indes ist der Spürsinn unserer heutigen Gauner so hoch entwickelt, daß auch das originellste und geheimnisvollste Versteck keine unbedingte Sicherheit gegen die Tätigkeit ihrer langen Finger bietet. Das mußte unlängst auch ein Gutsbesitzer in der Umgegend von Prenzburg (Schlesien) erfahren. Er bewahrte den Erlös eines Landverkaufs in einem großen Sauerkrautfaß auf. Als er jedoch eines Tages seinen Schatz revidieren wollte, war er erschrocken. Der Polizist gelang es zwar, die Täter zu fassen und das Geld wieder herbeizuschaffen, der Gutsbesitzer aber muß nun nach einem neuen Geldschrank Ausschau halten.

*** Einbrecher haben vor einigen Tagen dem Landratsamt wie dem Amtsgericht in Mienburg einen unerlaubten Besuch abgestattet.** In beiden Fällen haben die Täter sämtliche Räume durchsucht, deren Türen sie mittels Dietrichen öffneten. Alle Behälter und Schränke wurden erbrochen und durchwühlt, doch war die Beute nur gering. Im Landratsamt fielen den Dieben 50 Mark in die Hände, während im Amtsgericht auch nur ein kleiner Gelddbetrag in Frage kam.

*** Entsetzlich zugerichtet** wurde in Schweinitz (Provinz Sachsen) durch einen Hund das dreijährige Schicksal eines Arbeiters. Auf einem Spielplatz veranlaßte sich eine Anzahl kleiner Kinder, als plötzlich ohne jede Veranlassung ein großer Schäferhund sich zwischen diese stürzte, den Knaben zu Boden riß und ihm einen Biß im Gesicht beibrachte. Die Wunde erstreckte sich vom rechten bis zum linken Auge. Das Kind mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

*** Daß nicht immer der Segen von oben kommt,** mußten unlängst in Hannover einige Straßenpassanten erfahren. Maler waren dabei, das Haus der Kleinkunstbühne „Deon“ mit einem neuen Frühlingskleide zu versehen, als sich plötzlich von oben ein Farbenregen auf die zufällig des Weges kommenden Passanten ergoß. Der Vorfall hatte natürlicherweise einen großen Menschenauflauf im Gefolge, denn die mit weißer Delfarbe Uebergoßenen boten einen nicht gerade alltäglichen Anblick.

*** Von einem Rehbock angefallen und schwer verletzt.** In der großen Fasanerie des Landgrafen von Hessen, die sich zwischen Hanau und Wilhelmshaus befindet, wurde die Frau eines Wildhändlers aus Hanau plötzlich von einem Rehbock angefallen. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen eilten Leute herbei und erschlugen das Tier. Der Bock hatte die bejahrte Frau zu Boden geworfen und mit seinem Geweih derart bearbeitet, daß sie lebensgefährliche Verletzungen davongetragen hat.

*** Der Automat als Aufwertungsstelle.** Wie man sein Inflationsgeld mit 100 Prozent aufwerten kann, das haben einige ganz Verliebte in Poesched (Thüringen) herausgefunden. Sie haben die alten Zehnpfennigstücke aus Eisen in den Postautomaten gesteckt und sich dafür Zehnpfennigmarken herausgeholt. Bei der Leerung sind jetzt nicht weniger denn für 4 Mk. alte Zehnpfennigstücke vorgefunden worden. Um derartige Betrügereien für die Folge unmöglich zu machen, wird nun ein Magnet in die Automaten eingebaut werden.

*** Sechstages-Tanzen, der neueste Sport.** In Lyon hat die Syndikatskammer der Tanzlehrer eines ihrer Mitglieder zum Weltmeister erklärt, nachdem der Mann volle 147 Stunden getanzt hatte. Unter lebhaftem Beifall der Anwesenden beendete der Tänzer seinen Rekord mit einem Walzer, der ganze 20 Minuten währte.

*** Einem großen Fleischlieferungsstandal** ist man in Diederhofen in Lothringen auf die Spur gekommen. Mehrere Abbecker haben große Mengen von verendetem Vieh an Arbeiterkantinen geliefert. Die Aufregung in der Stadt ist umso größer, als dieser gesundheitsgefährdende Betrug schon lange währt und einen großen Umfang angenommen hat.

*** Der Kampf um Marienbad noch immer nicht beendet.** Die Verhandlungen der vom Bodenamt eingeleiteten Kommission für Marienbad sind nunmehr abgeschlossen. Die staatlichen Sachverständigen werden ihr Gutachten schriftlich abgeben und auf dieses Gutachten hin werden dann die Sachverständigen des Städtischen Rats ihr Gutachten vorlegen. Ferner teilt das Präsidium des Bodenamts mit: „In den letzten Tagen brachten einige Blätter die Meldung über eine vorbereitende Lösung der Eigentumsfrage und des Bäderbetriebes von Marienbad in Form der Gründung einer Aktiengesellschaft. Das Bodenamt erklärt hierzu offiziell, daß diese Nachrichten offenbar aus privaten Quellen stammen und dem tatsächlichen Stand der Dinge nicht entsprechen.“ — Die beanstandeten Nachrichten hatte das Prager Regierungsblatt „Prager Presse“ zuerst veröffentlicht.

*** Ein neues deutsches Kriegerdenkmal in Finnland.** Im Beisein einer Abordnung der Stadt Helsingfors, wie von Vertretern der deutschen Gesandtschaft und der deutsch-finnländischen Vereine wurde in Haga ein Grabdenkmal für die seiner Zeit bei der Befreiung von Helsingfors gefallenen deutschen Soldaten errichtet. Der schöne Granitstein trägt die deutsche Inschrift: „Hier ruhen in Gott die Finnland-Kämpfer, gefallen in Finnlands Freiheitskrieg.“ Außerdem ist auf dem Stein auch in schwedischer und finnischer Sprache die Inschrift eingemeißelt: „Danbarkeit errichtete diesen Grabstein.“ Während der Feier wurden tief empfundene Reden gehalten und zahlreiche Kränze niedergelegt.

*** Bei einer Jagd auf Nilpferde auf dem Viktoriassee (Afrika)** kamen mehrere europäische Missionare und drei Eingeborene ums Leben. Die Jäger befanden sich auf einem Boot, als plötzlich ein riesiges Nilpferd aus dem Wasser auftauchte und das Boot umwarf. Dabei ertranken sämtliche Insassen.

*** Blinder Lärm.** In einem New Yorker Juwelierladen explodierte ein Tränengasbehälter, der zur Abwehr gegen unbefugten Besuch aufgestellt war. Hierdurch wurde gleichzeitig eine Signalpfeife in Tätigkeit gesetzt. Sie schlug einen derartigen Lärm, daß die Polizei nach wenigen Minuten eintraf. Die im Geschäft anwesenden Angestellten waren von dem Gas derart mitgenommen, daß sie nicht sehen konnten und sich nur mit Mühe ins Freie zu tasten vermochten.

*** Daß Hochwasser nicht selten auch Nutzen bringen kann,** ist eine bekannte Tatsache. Auf den ausgedehnten Wiesen an der Saale bei Ramburg in Thüringen ist jetzt keine einzige Maus mehr zu sehen, während im vergangenen Herbst ungeheure Mengen dieser schädlichen Mager zu zählen waren. Sie sind durch das letzte Hochwasser, das die Wiesen überflutet hatte, völlig vernichtet worden.

*** Die eingeseifte Leiche.** In einem Dorfe unweit der dänischen Stadt Aalborg hatte ein alter Mann das Zeitliche gesegnet. Obwohl er mit seiner Frau nicht gerade in glücklicher Ehe gelebt hat, war diese doch der Ansicht, daß ihr Mann ein ordentliches Begräbnis haben müsse, und so ließ sie einen Barbier kommen, damit er den Mann von den mehreren Wochen alten Barstoppeln befreie, die sein Gesicht immerhin entstellten. Der Barbier erschien und machte sich an die Arbeit, sparte auch nicht mit der Seife. Dabei geriet eine gehörige Menge Seifenschaum dem Toten in die Nase. Zu allgemeinem Entsetzen begann die „Leiche“ fürchterlich zu niessen. Der Mann war nur schreitend gewesen. Es war dies für die Frau offenbar keine angenehme Ueberraschung, denn als der Barbier ging, erklärte sie diesem: „Das nächstemal, wenn Niels stirbt, wird er unrasiert begraben!“

*** Zur Gefährdung des Kölner Doms.** In einem Vortrag, den der Landeskonservator Hiele in Berlin über den Kölner Dom und seine baulichen Schäden hielt, wies er namentlich auf dessen Bedrohung durch die Einwirkungen der Atmosphäre hin und gab nach einem Ueberblick über die Schutzmaßnahmen, die zur Erhaltung des Baues getroffen sind, der Hoffnung Ausdruck, daß es dank allseitiger Fürsorge gelingen werde, rechtzeitig der Zerstörung Einhalt zu gebieten. Für die Erhaltung und Instandsetzung des Domes stehen heute jährlich 400 000 Mark zur Verfügung. Die Gesamtkosten werden auf 6,5 Millionen Mark geschätzt. Der preussische Staat hat einen laufenden Beitrag von 100 000 Mark für den Kölner Dom in den Etat eingestellt.

*** Schwerer Unglücksfall durch eine Kaze.** In der Nähe von Ramburg in Thüringen wurden durch eine Kaze drei Menschen schwer verletzt. Drei Männer, die mit ihrem Rade von der Arbeit nach Hause fuhren, passierten hintereinander eine gefährliche Stelle der Straße, als plötzlich eine Kaze auftauchte, die aus dem Straßengraben über die Straße lief und dabei in das Rad des ersten Fahrers sprang. Dadurch kam der Mann zu Fall, seine nachfolgenden Kameraden stürzten über ihn, und es entstand ein Gewirr von Menschen und Rädern. Mit schweren Kopf-, Arm- und Beinverletzungen mußten die drei abtransportiert werden. Auf der Trümmerstätte aber blieben die kläglichen Reste einiger Fahrräder und eine dicke, graue, vollkommen unverletzte miauende Kaze zurück.

*** Clemenceau läßt sich pfänden.** Vor einigen Tagen stellten sich die Steuereinnahmer bei Clemenceau ein, um eine Nachzahlung zu fordern. Dieser weigerte sich jedoch, der Aufforderung zu entsprechen. Infolgedessen kam es in seinem Hause zur Zwangsversteigerung eines Schrankes im Werte von 2000 Franken. Das Möbelstück wurde auf die Straße gestellt und dort kurzerhand dem Meistbietenden verkauft.

*** Opiumsmuggler.** In Marseille wurden an Bord eines holländischen Dampfers zwei Chinesen verhaftet, die sich im Besitze von Opium befanden. Aus dem gleichen Grunde wurden zwei Französinen festgenommen. Die Verhafteten gehören einer internationalen Bande von Opiumsmugglern an, die sich über ganz Deutschland und Holland verzweigt.

*** Sturmschäden in Bayern.** Ueber einen großen Teil Bayerns ist ein heftiger Orkan hinweggegangen und hat arge Verheerungen angerichtet. In Passau wurden auf dem zur Zeit gerade stattfindenden Jahrmarsch ganze Budenreihen umgelegt. Vier Personen wurden dabei verletzt. In Bamberg wurden durch eine stürzende Buche zwei Menschen tödlich getroffen.

*** Das Münchener Oktoberfest 1926 in Frage gestellt?** Angesichts der herrschenden wirtschaftlichen Notlage hat die bayerische Landesbauernkammer beschloffen, in diesem Jahre von der Veranstaltung eines Zentral-Landwirtschaftsfestes abzusehen. Da das Oktoberfest in der Hauptsache auf dem Zentral-Landwirtschaftsfeste beruht, ist dessen Abhaltung für den kommenden Oktober zweifelhaft geworden. Die Stadt München hatte sich seinerzeit dahin erklärt, daß sie das Oktoberfest nur noch in Verbindung mit dem Zentral-Landwirtschaftsfest durchzuführen beabsichtige.

*** Schweres Fliegerunglück bei Warschau.** Bei dem Begräbnis eines polnischen Fliegerobersten in Warschau, der vor einigen Tagen bei einer Notlandung in Thorn abgestürzt war, stießen plötzlich drei Heeresflugzeuge, die über dem Leichenzug kreiften, zusammen. Das eine der Flugzeuge stürzte sofort ab. Die Maschine wurde zertrümmert und die beiden Insassen kamen ums Leben. Das zweite Flugzeug stürzte ebenfalls ab, die Insassen konnten sich jedoch durch Abspringen retten. Das dritte Flugzeug trieb ab und konnte notlanden, der Pilot bemerkte jedoch, daß der zweite Insasse, der Mechaniker, fehlte. Man fand dessen Leiche später nicht weit von der Unglücksstätte in einem Garten.

*** Ungeheure Verwüstungen durch eine Steinlawine.** Die andauernden Schnee- und Regenfälle der letzten Zeit in Verbindung mit den stattgehabten heftigen Stürmen haben bei Münster im Kanton Graubünden eine Steinlawine im Gefolge gehabt. Es wurden durch diese 13 Gebäude zerstört und mindestens 10 Hektar gutes Ackerland völlig verwüstet. Glücklicherweise sind Menschenleben nicht zu beklagen.

*** Einen selten großen Fischotter** fing ein Förster auf dem zum Gute Rodenbed bei Großenhaupe (Schlesien) gehörigen Jagdgelände. Das Tier maß von der Schnauze bis zur Schwanzspitze nicht weniger denn 1,25 Meter und hatte ein Gewicht von 32 Pfund.

*** Unfall im Schwimmdock zu Stettin.** Bei der Rückkehr des auf der Vulkanwerft erbauten Seebüddampfers „Cobra“ von der Werftprobefahrt lief das Schiff gegen den Ponton des großen Schwimmdocks, in dem zur Zeit das Fährschiff „Preußen“ steht. Es entstand ein kleines Leck, in das das Wasser eindrang. Das Fährschiff erhielt binnen kurzer Zeit Schlagseite gegen Land, sodaß die Stützen zwischen Dock und Fährschiff nachgaben und das Schiff sich gegen die nach Land zu liegenden Docks weiter legte. Von herabstürzenden Gegenständen wurden 10 Personen verletzt. Von diesen drei schwer, darunter auch der Kapitän.

*** Freie Dienste.** Die Gutsverwaltung in Lappenhagen (Pommern) veranstaltete für 25 Arbeiter und Arbeiterinnen, von denen der älteste seit 52 Jahren auf dem Gute tätig ist, ein großes Fest. Dabei gelangten außer namhaften Geldgeschenken, Denkmünzen, Brochen und Urkunden zur Verteilung.

*** In fünf Stunden durch die Luft von Stettin nach Stockholm.** In den ersten Tagen des Mai wird der Luftverkehr über die Ostsee nach Stockholm durch die Deutsche Luftfahrthansa aufgenommen. Ausgangspunkt der Linie ist der Seeflughafen Stettin.

Die reine Flugzeit beträgt 5 Stunden. Verwendet werden die Dornier-Wal-Flugboote, die neben zwei Führern und einem Bordwart Raum für 10 Personen bieten. Der Fahrpreis Stettin-Stockholm beträgt 150 Mark.

* Der Revolver in Kinderhand. In Stettin wurde ein Lehrling mit einer schweren Kopfwunde aufgefunden. Er hatte sich einen Revolver, den er für nicht geladen hielt, in spielerischer Absicht an die Schläfe gehalten und dann abgedrückt. Der Bedauernswerte starb bereits auf dem Wege nach dem Krankenhaus.

* Einen folgenschweren Ausgang nahm das gegenseitige Henken und scherzhafte Herumzerren zweier Bechlinge eines Tischlermeisters in Duderstadt (Hannover) gelegentlich des gemeinsamen Frühstücks. Dabei glitt der eine Bechling aus und fiel in das Frühstücksmesser des andern. Der Messersich ging durch die Rippen in die linke Lungenseite. Der junge Mensch wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

* Der fehlende Geburtschein. Frau Izi Lambrino, die ihren früheren Gatten, den Prinzen Carol von Rumänien, auf Schadenersatz verklagt hat, wollte ihren Sohn in einem Pariser Lyzeum unterbringen. Der Direktor der Anstalt weigerte sich indes, den Knaben aufzunehmen, weil dieser keine Zivilstandspapiere und auch nicht die Ermächtigung seines Vaters vorweisen konnte. Izi Lambrino hat daraufhin den Prinzen aufs neue verklagt und verlangt von ihm die zur Identifizierung des Knaben erforderlichen Papiere.

* Der Putzereier Güterbahnhof durch Feuer gänzlich vernichtet. Durch einen ungeheuren Brand ist der Güterbahnhof in Putzereier fast völlig zerstört worden. Es fielen vor allen Dingen Wollballen deutscher Herkunft den Flammen zum Opfer. Der Schaden beziffert sich auf viele Hundert Millionen Lei.

* Russisches. Die Lage im Hungergebiet von Scharan Dabara in Russland wird von Tag zu Tag trostloser. Das Saatgetreide ist aufgebraucht, so daß für die Frühjahrsausaat kein Saatgut mehr vorhanden ist. Staatliche Hilfsmittel sind nach den Hungerbezirken bereits abgegangen. Die Sterblichkeit in den betroffenen Gebieten beläuft sich zur Zeit auf etwa 60 vom Hundert. — In der Gegend des Kaspischen Meeres herrscht der Ausfuß und breitet sich von Tag zu Tag weiter aus. Bisher wurden etwa 500 Fälle von Erkrankungen amtlich gemeldet.

* Fürchtbares Explosionsunglück in den Vereinigten Staaten. Bei Sprengungsarbeiten in Oskand explodierten 1500 Pfund Dynamit, wodurch vier Arbeiter tödlich in Stücke gerissen wurden.

* Mordtat. Ein Verbrechen, wie es die Kriminalistik wohl überhaupt noch nicht zu verzeichnen hat, wurde in Chicago verübt. Unbekannte Mörder töteten dort den Scharfrichter von Chicago, der in diesem Jahre bereits fünf Verbrecher gehängt hat. Vor einigen Tagen fuhr der 26-jährige Henker von Chicago, William Mosviggin, in Begleitung zweier Geheimpolizisten in einem Auto nach Cicero; auf der Landstraße wurde das Auto des Henkers von einem Panzerauto überholt, aus dem sich plötzlich ein Maschinengewehr auf die Insassen des Polizeiautos richtete. Im selben Augenblick eröffneten die Verbrecher das Feuer und töteten den Henker Mosviggin und den Geheimpolizisten Duffy. Dann jagte das Panzerauto in voller Fahrt davon und verschwand mit den Mördern. Obwohl die gesamte Kriminalpolizei von Chicago alarmiert wurde, ist es bisher nicht gelungen, eine Spur der Täter zu entdecken.

* Diebstahlsfreudigkeit. In einem Berliner Vorort hatte unlängst eine Frau an einem Vormittag ein Paar Schuhe gekauft und gleichzeitig noch ein Paar dazu gekauft. Bei dem schnellen Griff hatte die Diebin aber nicht genau auf die Schuhnummer geachtet, die Schuhe paßten nicht an ihre Füße. Um dem abzuhelfen, erließen sie am Abend seelenruhig in dem Geschäft, um die gestohlenen Schuhe umzutauschen, mit der Angabe, sie habe sie gekauft. Dieser Trick gelang ihr indes nicht, sie wurde erkannt und festgenommen.

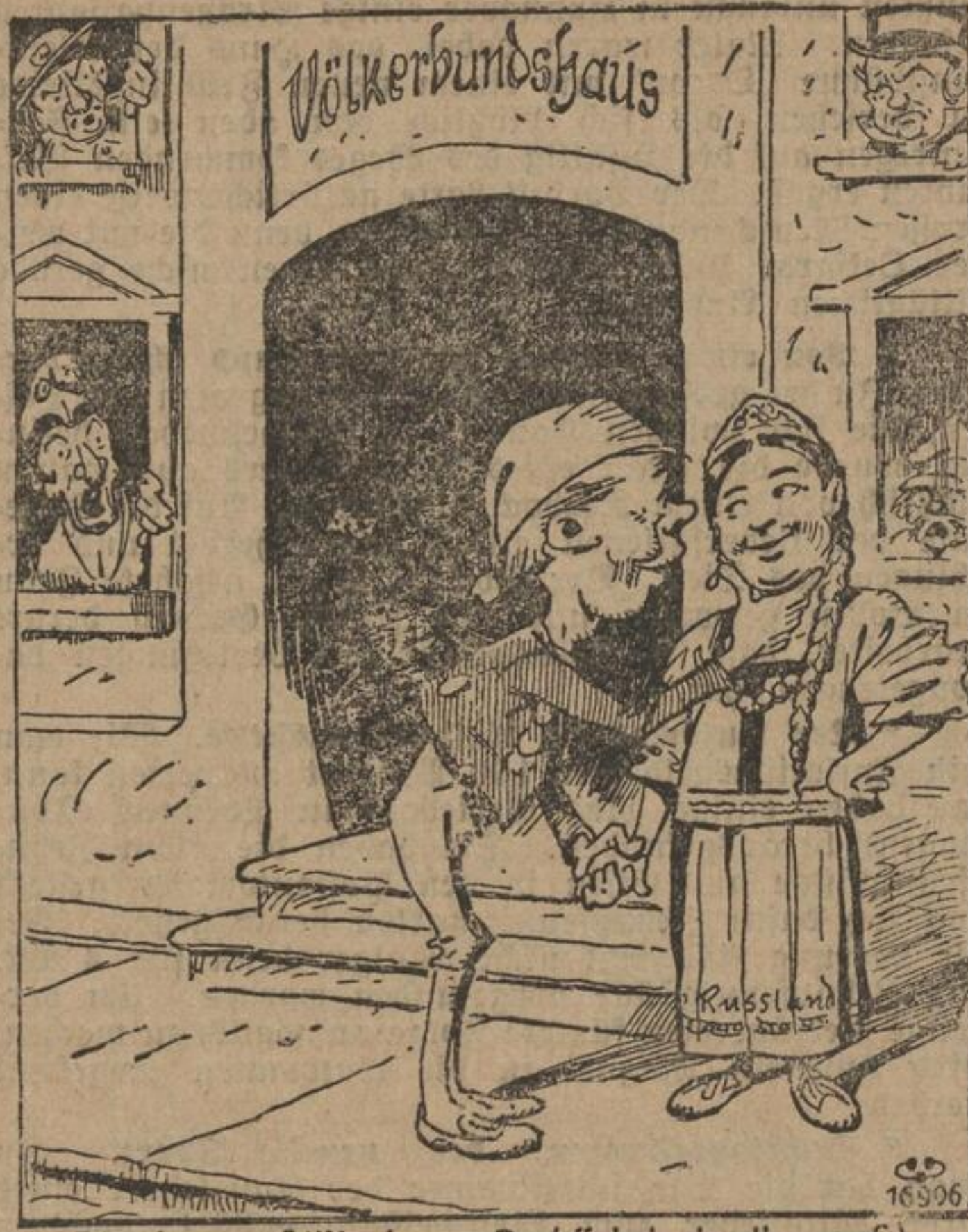
* Einer der Raubmörder von Hegermühle gefaßt. Bei den polizeilichen Ermittlungen über den Hegermühler Raubmord, dem die 76 Jahre alte Gastwirtin Wilhelmine Schröder zum Opfer fiel, richtete sich ein schwerer Verdacht gegen den 25 Jahre alten Schlächter Hermann Fiel aus Hegermühle. Er wurde verhaftet und hat unter der Wucht des Beweismaterials ein umfassendes Geständnis abgelegt. Danach hat er den Raubmord zusammen mit einem 28 Jahre alten Arbeiter Straß aus Hohenfelde bei Angermünde verübt. Zu dessen Ergreifung sind alle Maßnahmen getroffen worden.

Gerichtliches.

Ungetreuer Vollziehungsbeamter. Vor dem Schöffengericht in Stettin stand ein 55 Jahre alter Vollziehungsbeamter. Er war beschuldigt, in dieser Eigenschaft beim Magistrat in Stettin Steuern und Krankentafelbeiträge eingezogen und veruntreut zu haben. Von einem Baugeschäft in Grabow zog er insgesamt 2500 Mark in mehreren Raten ein, die für die Grabower Krankentafel bestimmt waren. Er lieferte das Geld indes nicht ab, sondern verbreitete das Gerücht, daß die Firma zahlungsunfähig sei. Um seine Verfehlungen zu verdecken, fälschte er die Bücher des Magistrats. In ähnlicher Weise ist der Angeklagte in zehn weiteren Fällen verfahren. Die unterschlagenen Gelder hat er verbüßt. Bei dem groben Vertrauensbruch hielt das Gericht eine exemplarische Strafe für geboten und verurteilte den Ungetreuen zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis.

Keine Aufwertung der rotgestempelten Zylinder. Das Landgericht 1 in Berlin lehnte vor einigen

Entrüstung.



Die lieben Alliierten: Da hört doch alles auf! Unsere Freundschaft genügt ihm wohl nicht?!

Tagen die Klage der Reichsbankgläubiger gegen die Reichsbank auf Aufwertung der alten Reichsbanknoten ab. Bei der Verkündung des Urteils kam es zu argen Tumulten im Zuhörerraum, so daß der Gerichtshof sich schließlich gezwungen sah, sich zurückzuziehen. Die Demonstrationen setzten sich auf der Straße vor dem Gerichtsgebäude weiter fort.

Einige Inhabender von Berlin nach Dresden hatte ein Posthefter aus Charlottenburg unternommen. Die Gelder dazu hatte er sich durch eine Unterschlagung verschafft. Von seinem Ante war ihm der Auftrag zuteil geworden, Kundstempelgebühren einzuziehen. Anfang April kassierte er an einem Tage 88 M. ein. Hierauf begab er sich nach dem Amt, lieferte seine Tasche, nicht aber auch das eingekommene Geld ab und machte sich auf den Weg nach Dresden. Dort angelangt, war er bereits aller Mittel barm. Er schrieb nunmehr an seine Braut in Berlin, daß sie ihm doch das erforderliche Reisegeld schicken solle, damit er zurückkehren könne. Das Mädchen entsprach auch seiner Bitte. Als er in Berlin wieder eintraf, wurde ihm jedoch kein guter Empfang zuteil, denn die Kriminalpolizei hatte sich zur Begrüßung des „Touristen“ am Bahnhof eingefunden. Auf weitere Wanderungen wird er nun wohl für's erste verzichten müssen.

Der Görlitzer Brandstiftungsprozeß. Nach nur zweitägiger Verhandlung — man hatte auf eine längere Prozeßdauer gerechnet — wurde der Mühlenbesitzer Jaffe, der angeklagt war, die Heinersdorfer Mühlenwerke bei Görlitz in Brand gesteckt zu haben, freigesprochen. Auf eine Anregung des Verteidigers erklärte der Staatsanwalt, auf weitere Beweisaufnahme verzichten zu wollen und beantragte darauf, den Angeklagten mangels genügender Beweise freizuspochen. Nachdem der Angeklagte noch des längeren gegen den ausgesprochenen dringenden Verdacht sich geäußert, fällte das Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte ist auf Kosten der Staatskasse freizuspochen, da ein unmittelbarer Beweis für seine Täterschaft nicht erbracht und ebenso ein glaubwürdiges Motiv nicht zu finden ist.

Volksleben und Wirtschaft.

Absatzschwierigkeiten auch im Meißener Porzellanhandel. Die Staatliche Meißener Porzellanmanufaktur leidet gegenwärtig schwer unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse und arbeitet mit Unterbilanz. Der Sächsischen Landtag soll daher um Bewilligung eines Betriebsvorstufes von 2,2 Millionen Mark angegangen werden.

Tagung deutscher Bahnhofsgebietsämter. In den Tagen vom 4. bis 6. Mai wird der Verband deutscher Bahnhofsgebietsämter in Hamburg eine Tagung abhalten, zu der bis jetzt sich über 600 Teilnehmer gemeldet haben.

Bananeneinfuhr. Unlängst traf nach längerer Zeit wieder ein Bananendampfer aus Kingston auf Jamaika in Bremerhaven ein. Der Dampfer überbrachte 75 000 Büschel. Stierovon wurden 12 000 Büschel auf einen Dampfer für Skandinavien umgeladen. Die übrigen 63 000 Büschel gingen mit Sonderzügen in eigenen Spezialwagen nach allen Richtungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Bei dem Verladen der Bananen in die Eisenbahnwagen, was mit größtmöglicher Schnelligkeit geschehen muß, fanden 800 Arbeiter in zwei Schichten Beschäftigung. Bei dem Verladen wird der Reifezustand jedes Büschels eingehend geprüft, und dann werden die in der Reife schon stark fortgeschrittenen Früchte in nächster Nähe auf den Markt gebracht. Die Bananendampfer treffen jetzt wieder regelmäßig, und zwar einmal wöchentlich, in Deutschland ein.

Die Fischei will die Eisenbahnfahrpreise erhöhen. Um die Gehälter der Staatsbeamten zahlen zu können, sollen in der Fischei-Statistik die Eisenbahnfahrpreise um 22 vom Hundert erhöht werden. Die Erhöhung soll im Laufe des Sommers durchgeführt werden. Gegen diese beabsichtigte Erhöhung haben bereits mehrere Handelskammern Einspruch erhoben.

Vielgeburten in Deutschland. Im Jahre 1923 betrug die Zahl der Zwillinggeburten in Deutschland insgesamt 23 581. Darunter befanden sich 7690 Geburten von zwei Knaben, 8812 von einem Knaben und einem Mädchen und 7079 von zwei Mädchen. Drillinggeburten sind weniger häufig. Von 1920 bis 1923 wurden in Deutschland 761 Drillinggeburten gezählt, davon 188 mit drei Knaben,

190 mit zwei Knaben und einem Mädchen, 187 mit einem Knaben und zwei Mädchen und 196 mit drei Mädchen. Vierlingsgeburten wurden in dem Zeitraum von 1913 bis 1923 insgesamt 35 gezählt.

Die neue Dienstmitze der Telegraphenarbeiter und -Handwerker. Im Laufe des Mai werden sämtliche Telegraphenarbeiter und -Handwerker der Reichspost mit einer neuen blauen Dienstmitze nach Art der Seglermitze ausgestattet worden. Die Mitze trägt die Reichs- und Landesfarben, sowie einen Reichsadler mit Funkenblitzen über dem Mügenschild, der aus Leder angefertigt ist. Daneben hat nach wie vor jeder Telegraphenarbeiter die amtlich gestempelte und unterschriebene Ausweisarte mit Lichtbild bei sich zu führen, die beim Betreten eines Grundstücks unangefordert vorzuzeigen ist.

Leipziger Produktbörse vom 30. April. (Die Preise gelten für 100 Kilo in Goldmark (4,20 Goldmark gleich 1 Dollar der Goldmark)) für Ware, prompt, Parität, nach Leipzig Weizen mählich, 280-290. Roggen, inländ., 178-188. Gerste, Sommergerste, inländ., 200-225. Wintergerste 185-198. Hafer, inländ., 190-224 und neuer 000-000. Mais amerl., rundenqu., 190 bis 200. Raps 320-350. Erbsen 260-335.

Berliner Börsenberichte vom 1. Mai.

Devisenmarkt. Gegenüber dem Vortage waren nur geringe Schwankungen zu verzeichnen.

Effektenmarkt. Das Geschäft blieb still und brachte nur geringe Kursveränderungen.

Produktenmarkt. Vom Ausland lagen nicht geringe Preissteigerungen vor, die Stimmung hatte daher eine feste Haltung angenommen, insbesondere bei Weizen, während für Roggen nur Deckungsbegehrt vorlag, weil dieser in vielen Fällen nicht den Anforderungen der Sachverständigen entsprach und daraufhin die Wareneigner mit Angeboten zurückhielten. Mehl war wenig gefragt, die Forderungen gegen den vorhergehenden Tag fast gleich. Hafer, Futtermittel und Hilfsfuttermittel waren reichlich am Markt, sie wurden aber nur zum unmittelbaren Verbrauch erworben. Weisente ohne Interesse.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Mehlwaren per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk., 294-297 (am 30. 4.: 293-296). Roggen Märk., 172-177 (170-175). Sommergerste 195-210 (195 bis 210). Inländische Futtergerste 173-190 (173-190). Hafer Märk., 193-203 (193-203). Mais loco Berlin (—, —). Weizenmehl 37,25-39,50 (37-39,25). Roggenmehl 25-26,50 (24,75-26,25). Weizenkleie 11,25 (11,25). Roggenkleie 11,90-12,25 (11,90-12,25). Raps (—, —). Weizenöl (—, —). Viktoriaerbsen 29-39 (29-39). Kleine Speiseerbsen 24-28 (24-28). Futtererbsen 22-26 (22-26). Kichererbsen 22-25 (22-25). Wicken 22-24 (22-24). Widen 28-30 (28-30). Lupinen blaue 11,75 bis 12,75 (11,75-12,75), gelbe 14-14,75 (14-14,75). Geradella 1924er 24-29 (24-29), neue 36-40 (36-40). Kapsfuchsen 13,90-14,20 (13,90-14,20). Weinfuchsen 13,40 bis 13,60 (13,40-13,60). Trodenfuchsel 9,80-10,10 (9,80 bis 10,10). Sojabohnen 19,40-19,90 (19,40-19,90). Torsmelasse 30-70 (—, —). Kartoffelsoden 15,70-16,10 (15,70-16,10).

Schlachtviehmarkt.

(Amtlich.) Auftrieb: 1982 Rinder (darunter 375 Bullen, 570 Ochsen, 1037 Kühe und Färsen), 1700 Kälber, 4475 Schafe, 6109 Schweine, 50 Ziegen, — ausländische Schweine. — Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Reichsmark:

Ochsen:		1.5.	28.4.
1. vollfleischige, ausgemästete	53-56	50-53	
2. vollf., ausgem., von 4-7 Jahren	48-51	45-48	
3. junge, fleischige, nicht ausgemästete	44-47	41-44	
4. mäßig genährte jung. u. gut gen. alt.	40-42	38-40	

Bullen:		51-53	48-50
1. vollfleischige, ausgemästete	47-50	44-46	
2. vollf., ausgem., jüngere	43-46	40-42	

Färsen (Kälber) und Kühe:		50-55	48-53
1. vollfleischige, ausgemästete Färsen	42-47	38-44	
2. vollfleischige, ausgemästete Kühe	32-38	28-36	
3. ältere ausgemästete Kühe	25-30	22-26	
4. mäßig genährte Kühe und Färsen	22-24	18-20	
5. gering genährte Kühe und Färsen	36-42	33-38	

Kälber:		75-85	70-80
1. Doppeltender feinster Mast	60-70	58-68	
2. feinste Mastfälsber	48-58	45-55	
3. mittlere Mast- und beste Saugfälsber	40-45	35-42	
4. geringe Mast- und gute Saugfälsber			
5. geringe Saugfälsber			

Schafe:		56-60	52-58
1. Stallmastlämmer und jung. Hammel	42-50	40-48	
2. alt. Hammel u. gut gen. jung. Schafe	30-37	25-35	
3. mäßig gen. Hamm. u. Schafe (Merzsch.)			

Schweine:		76-77	71-73
1. fetter, über 3 Zentner Lebendgewicht	75-76	70-73	
2. vollfleischige von 240-300 Pfund	73-75	67-69	
3. vollfleischige von 200-240 Pfund	71-72	65-66	
4. vollfleischige von 160-200 Pfund			
5. vollfleischige von 120-160 Pfund			
6. unter 120 Pfund	68-70	63-66	

Ziegen:		20-25	20-28
Sauen:			
1.			
2.			

Marikberlauf: Rinder ziemlich glatt, ausgeputzte Tiere über Notiz; Kälber ruhig; Schafe und Schweine glatt.

Die notierten Preise verstehen sich einschließlich Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktspesen und zulässigem Händlergewinn.

Der Deutsche Kundfunk

die größte Funkzeitung, bringt alle Programme und großen Unterhaltungs- und Bastlerteil. Nur 50 Pf. jede Woche. Abonnementsbestellung bei jedem Briefträger

Probennummern kostenlos vom Verlag Berlin N 24